# :antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 15.1.2004 20. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de


### Mobilisierung angelaufen:

## Kein Naziaufmarsch in Hamburg!

**In Hamburg haben Nazis aus dem Umfeld des neonazistischen „Aktionsbüro Nord" zwei Aufmärsche zum Beginn (31. Januar) und zum Schluss der Wehrmachtsausstellung (27. März) angekündigt.**

Anlass ist die letzte Station der Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 44", die von Januar bis März 2004 in der Kampnagelfabrik in Winterhude gezeigt wird. Danach, so eine Pressemitteilung des Hamburger Institutes für Sozialforschung (HIS), werde die Schau mit dem vollständigen Titel „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1945" im Keller des Deutschen Historischen Museums in Berlin eingelagert.

Unter dem Slogan „Reemtsma lügt, Wahrheit siegt" will Christian Worch & Co. einen Tag nach dem Jahrestag der Machtübertragung an Hitler vom Bahnhofsvorplatz Mundsburg zum Ausstellungsgelände auf Kampnagel marschieren. Nach Informationen der VVN beabsichtigt die Innenbehörde den Aufmarsch ohne räumliche Auflagen zu genehmigen und mit einem polizeilichen Großaufgebot durchzusetzen.

Das „Problem" der Naziaufmärsche – darin unterscheidet sich die Situation in Hamburg von den vorhergehenden Etappen wie Halle oder Dortmund – wird in der bürgerlichen und liberalen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert und es ist für Hamburg bezeichnend, dass es nach fast drei Monaten immer noch nicht raus ist, ob die Gewerkschaften zu einer von der VVN angemeldeten Kundgebung aufrufen. Trotzdem rechnen die Anmelder der Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern. Bisher wird die Demonstration von über 40 Gruppen und Organisationen – vornehmlich der politischen Linken – getragen. Das Ziel der Demonstration besteht darin, einen öffentlichen Kontrapunkt gegen den Aufmarsch zu setzen, und bereits dort zu sein, wo die Nazis hin wollen.

Angesichts der beschriebenen Konstellation besteht allerdings die Gefahr der Entpolitisierung und Kriminalisierung der antifaschistischen Proteste, bei richterlicher Genehmigung der Nazidemo. Bei vergleichbaren Anlässen im vergangenen Jahr, stand in der Hamburger Presse (mit Ausnahme der taz-hamburg) viel von „Gefahrenabwehr", „Sicherheitsbedenken" und „polizeilichen Strategien" und kein einziger Bericht streifte die Frage nach der politischen Legitimität und moralischen Verpflichtung, gegen das Auftreten bekennender Nationalsozialisten öffentlich zu protestieren. Die „Verpolizeilichung" der Auseinandersetzung ist bereits im Gange und lässt sich an den Verlautbarungen des Landesamtes für Verfassungsschutz ablesen: Während der Hinweis auf den Naziaufmarsch aus der Rubrik „Aktuelles" rausgenommen wurde, ist die antifaschistische Demonstration auf Platz eins der Bedrohungshitliste gelandet. Demzufolge sieht der VS ein „linksextremistisches" Bündnis am Werke, dass von „orthodox-kommunistischen Gruppen wie der Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und der ihr nahestehenden VVN bis hin zu gewaltbereiten autonomen Antifaschisten" reicht. Das Anliegen erscheint nur noch als Vorwand, denn in „den folgenden Ausführungen wird deutlich, dass sich der angeblich ‚antifaschistische' Einsatz tatsächlich gegen den Staat richtet." (Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, 19.12.2003: „Wehrmachtsausstellung im Januar in Hamburg: Linksextremistisches Bündnis gegen Protest rechter Extremisten").

Demgegenüber erscheint weder die Nazimobilisierung, noch die enge Verzahnung der Freien Kameradschaften mit dem Hamburger Landesverband der NPD oder die in Hamburg und Schleswig-Holstein laufenden Ermittlungsverfahren gegen die illegal operierende Gruppierung „Combat 19" – auf deren Konto jüngst Anschläge und Schändungen jüdischer Friedhöfe gehen – dem VS Aufmerksamkeit wert zu sein.

Neben den Aktivitäten gegen die Nazis, wird ein zur Wehrmachtsausstellung begleitendes Veranstaltungsprogramm angeboten, das von verschiedenen linken Gruppen und Initiativen gemeinsam organisiert und beworben wird. Der Demo-Aufruf, das Begleitprogramm sowie aktuelle Infos können über die unten angegebene Webseite eingesehen werden.

*Wolfram Siede (Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA)* ■

**Demonstration: 31. Januar 2004, 11.00 Uhr, U/S-Bahnhof Barmbek**

**Unser Protest richtet sich dabei nicht nur gegen marschierende Nazibanden, sondern gegen jede Art von Nationalismus und Rassismus in dieser Gesellschaft. (...)". [Aus dem Bündnisaufruf] Info: 040/40187921 www.hamburg-gegennazis.de.vu**

[turn left] >smash right<

Vom 29. Januar bis zum 28. März 2004 wird in Hamburg die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht- Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944" gezeigt.
Gegen diese Ausstellung wollen am 31. Januar NPD und unabhängige Kameradschaften demonstrieren. In ihren Aufrufen leugnen sie nicht nur die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht, sondern sie beziehen sich darüber hinaus unverhohlen positiv auf den 30.01.1933, den Tag der Machtübertragung an Adolf Hitler.
Wir werden am 31.01, sowie an jedem anderen Tag, kein öffentliches Auftreten von Nazis in Hamburg und anderswo dulden.

Faschismus ist keine Meinung
- sondern ein Verbrechen!
Deutsche Täter sind keine Opfer!

Info: 040/40187921
FSK 93.0 MHZ
www.hamburg-gegen-nazis.de.vu

Avanti – Projekt undogmatische Linke

**Die EU, „Kerneuropa" und Osterweiterung**

***Frank Pieper:***
**100 Jahre Weltmachtstreben. Deutsche Mitteleuropakonzepte vom Kaiserreich bis Joschka Fischer**

***Jörg Kronauer:***
**Revanchistische Tendenzen im Kontext der EU-Erweiterung**

**24. Januar 2004**
**14.00 Uhr**

**Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache**
**Melchiorstr. 3**
**Kleines Forum**

**Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten**
**Infos: Tel. 0221-21 16 58**

## Aussiedler ermordet

HEIDENHEIM. Ein angeblich aus Berlin stammender 17jähriger Mann, der erst seit einem halben Jahr im Landkreis Heidenheim wohnen soll, hat am Abend des 19. Dezember vor einer Diskothek in Heidenheim drei junge russlanddeutsche Spätaussiedler erstochen. Zwei der 15 bis 17 Jahre alten Jugendlichen starben noch am Tatort, der dritte erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Besitzer der Diskothek „K2" hatte dem „stadtbekannten Neonazi" ein Hausverbot erteilt. Doch erst die herbeigerufene Polizei konnten den 17-Jährigen zurückweisen. Eine halbe Stunde danach tauchte der Täter mit einem Mädchen und einem Freund wieder vor der Diskothek auf. Dabei kam es zwischen seinem Begleiter und den drei jungen Aussiedlern zum Streit. Unvermittelt zog der 17jährige ein 20cm langes Messer und stach den Opfern blitzschnell und gezielt mehrere Male in die Herzgegend. Nach der Tat flüchtete der Täter, stellte sich aber am nächsten Morgen freiwillig der Polizei. Der 17jährige war erst am 3. Oktober in eine Auseinandersetzung zwischen Punks und Skinheads verwickelt gewesen, wo er einem Punk eine Flasche auf den Kopf geschlagen hatte. Am Tag nach der Tat zogen etwa 200 Menschen in einem Schweigemarsch durch die Stadt und legten Blumen am Tatort nieder, wo Jugendliche eine Mahnwache gehalten hatten. *(s. auch Seite 7)* *- hma* ■

## „Opus Dei" plant Schule

POTSDAM. Die rechtskatholische Kadergruppe „Opus Dei" will im Berliner Umland ein Gymnasium für 700 Schüler eröffnen. In der geplanten Schule sollen ausschließlich Jungen unterrichtet werden, um deren „besondere Begabung zu abstrakt-logischem Denken" zu fördern und diese vom „Sexunterricht" an öffentlichen Schulen fern zu halten. Im Bildungsministerium werden die Pläne der direkt dem Papst unterstehenden Organisation mit Skepsis betrachtet, da das Schulgesetz eine gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen vorschreibt.

*„Berliner Morgenpost" 15.12.03 - hma* ■

## Zweifelhafte Distanzierung

MÜNCHEN. Herbert Fleissner, Verleger, CSU-Mitglied, Angehöriger der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" und langjähriges Mitglied der „nationalen Gesinnungsgemeinschaft" „Witiko-Bund" will Artikel mit antisemitischen Inhalten im österreichischen Ableger der „Jungen Freiheit", der „Zur Zeit", die ihm zu zehn Prozent gehört, nicht gekannt haben. In einem Schreiben an die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Charlotte Knobloch, behauptet Fleissner, er habe sich schon vor Jahren von seiner Beteiligung an der Wochenzeitung zu trennen versucht. Erst im November hatte der ehemalige Berater des österreichischen Bischofs Krenn, Friedrich Romig, in „Zur Zeit" die Globalisierung zu einem Weg erklärt, „auf dem das Judentum (...) seinem biblischen Auftrag gemäß weltweite Dominanz erlangt". Ein anderer Artikel erklärte „Ostjuden" zu „Chasaren" und beschwerte sich mit diesem Konstrukt über „das Geschrei Antisemitismus". 1997 hatte das Blatt gar die im Mittelalter zu Massakern an Juden aufstachelnden Legenden von angeblich jüdischen Ritualmorden aufgewärmt: „Das Blut gemordeter Christen, vergossen durch jüdische Hand, schreit zum Himmel." 1999 leugnete ein Autor gar den Holocaust und wurde daraufhin zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Während Fleissner sich hier scheinbar distanziert, taucht Werbung für seine Verlage munter weiter in rechten Publikationen auf. So z.B. in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Sezession", die vom um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik" herausgegeben wird. Die „Buchverlage Langen Müller Herbig" warten dort auf einer ganzen Seite u.a. mit Buchtiteln wie „Die deutsche Kriegsmarine 1935-1945" und „Die Wüstenfüchse. Mit Rommel in Afrika" auf. *SZ 6.12.03 - hma* ■

## Razzia bei „Stahlgewitter"

HANNOVER. Bei der Durchsuchung von sieben Wohnungen von Mitgliedern der Rechtsrock-Band „Stahlgewitter" hat die Polizei am 16.Dezember umfangreiches Material beschlagnahmt. Durchsucht wurden Objekte in Meppen, Köln, Bonn und Winterthur in der Schweiz. Dem Ermittlungsverfahren, welches von der Staatsanwaltschaft Osnabrück durchgeführt wird, liegt die Produktion von Musik-CD´s mit „volksverhetzendem" Inhalt zugrunde. „Stahlgewitter" gilt als eine der bekanntesten bundesdeutschen Rechtsrock-Band. So hatte die Erstauflage ihrer CD „Politischer Soldat" eine Auflagenhöhe von 8000 Exemplaren.

*hma* ■

## Ronald Schill und Bolko Hoffmann verbrüdern sich

HAMBURG. Die Frankfurter PR-Agentur Hunzinger hat ihrem Hauptaktionär Bolko Hoffmann (Pro-DM-Partei) wegen dessen Zusammenarbeit mit Ronald Schill Hausverbot erteilt, meldet die Frankfurter Rundschau vom 6.1.2004. „Mit Schill geht man nicht ins Bett", habe Moritz Hunzinger erklärt.

Bolko Hoffmann, Herausgeber des Börsenmagazins „Effecten-Spiegel" hatte die Pro-DM-Partei gegründet, um die Einführung des Euro zu verhindern. Schill und Hoffmann hatten am 4. Januar



verkündet, gemeinsam in den Hamburger Wahlkampf zu ziehen. Die Bürgerschaft wird am 29. Februar neu gewählt.

Schill hatte kurz nach seinem Rauswurf aus der Fraktion der von ihm gegründeten Partei Rechtsstaatliche Offensive mit fünf weitren Abgeordneten eine eigene Fraktion in der Bürgerschaft gegründet. Nun kann die neue Gruppierung unter dem Namen Pro DM/Schill auf den Parteiapparat und die Finanzmittel von Pro-DM zurückgreifen. Der „alten" PRO soll verboten werden mit der Bezeichnung „Schill" weiter zu werben.

Hoffmanns Effecten-Spiegel hält an Moritz Hunzingers PR-Firma zur Zeit ca. 45 Prozent. Hoffmann bezeichnete den Kauf des Aktienpakets als „Schnäppchen", nachdem die Aktien des Unternehmens wegen der missglückten PR-Aktivitäten für die Politiker Rudolf Scharping und Cem Özdemir einen Kurssturz erlitten hatten.

*Quellen: mdr-online, FR, 6.1.04* ■

## NPD-nahe Liste erringt Sitz im AStA

TRIER. Erstmals ist an der Uni Trier ein der NPD nahe stehender Kandidat ins Studentenparlament eingezogen. Babic, der sich gerne als „bosnischer Befreiungsnationalist" bezeichnet, gehörte schon als Gymnasiast der NPD an. 2001 versuchte er vergeblich, bei der Kommunalwahl im hessischen Karben ins Parlament einzuziehen.

In Trier sorgte der Jurastudent Ende 2002 für Wirbel, als er sich im Allgemeinen Studentenausschuss (Asta) als freier Mitarbeiter verdingte und im Wahlkampf zum Studentenparlament (Stupa) mit Kritik an Kapitalismus und Bildungsab-

bau zunächst als Kandidat der Jungsozialisten auszugeben vermochte. Nur durch Zufall wurde er bei einer Internetrecherche enttarnt.

Babic trat daraufhin als Listenführer der NPD-nahen Freiheitlich-Sozialen Liste (FSL) an. Die aber errang zu wenig Stimmen, um ins Stupa einzuziehen. Das änderte sich jetzt. Wegen der geringen Wahlbeteiligung von nur 18 Prozent erreichte Babic, der seine 45 Stimmen nach Asta-Angaben vor allem bei Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern sammelte, ganz knapp einen Stupa-Sitz. Und das trotz einer Anti-FSL-Aufklärungskampagne der demokratischen Hochschulgruppen im Wahlkampf. Auf Flugblättern wurden FSL-Zitate wiederholt: „Man darf der zunehmenden Vertürkung und Inländerfeindlichkeit nicht tatenlos zusehen."

Die NPD feiert den Wahlausgang als großen Erfolg. Erstmals seit mehr als 20 Jahren sei in der Bundesrepublik wieder eine nationalistische Gruppe in ein Hochschulgremium eingezogen, heißt es auf ihrer Homepage. Dort gibt sich auch Babic vor Selbstbewusstsein strotzend: „Auch in linken Hochburgen müssen wir als Nationalisten Strukturen aufbauen und politische Alternativen aufzeigen."

Ende Januar konstituiert sich das Trierer Stupa. Aus seinen Ankündigungen ist zu schließen, dass Babic das Gremium als Propagandaplattform nutzen will. Zu seinen erklärten Zielen zählt, die Studentenschaft „stärker zu politisieren", den Asta direkt von Studierenden wählen zu lassen und den „Asta-Zwangsbeitrag" von 7,65 Euro pro Semester abzuschaffen. *Quelle: FR 29.12.2003* ■

## Prozess gegen Thomas A. soll bald beginnen

KÖLN. Der mutmaßliche Dreifachmörder von Overath bleibt weiter in Haft, berichtete die Kölnische Rundschau vom 30.12.2003. Auch bei der Kölner Staatsanwaltschaft sei man sich der Gefährlichkeit des Mannes bewusst. Die zuständige Anklägerin Margarete Reifferscheidt will in ihrer bevorstehenden Anklage wegen dreifachen Mordes auch auf Sicherheitsverwahrung oder besonders schwere Schuld plädieren. „Die Entscheidung fällt Anfang Januar", sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt.

In einem Pamphlet schrieb Thomas A.: „Alle Juristen müssen vernichtet werden." Schon bei der Vorführung vor den Haftrichter hatte er anwesende Polizisten, Richter und Staatsanwälte mit dem Tode bedroht. Für den wahrscheinlich im Frühjahr beginnenden Prozess vor dem Kölner Landgericht machen sich die Behörden schon jetzt Gedanken über die Sicherheitsvorkehrungen.

Die rechtsextreme Gesinnung wird in dem Prozess neben den überaus brutalen Morden eine zentrale Rolle spielen. Thomas A. bezeichnet sich selbst als „engagiertes Mitglied der Nazi-Szene". Der Ex-Söldner wollte unbedingt in die Politik. Für die rechtsextreme „Deutsche Liga" mietete er im August 1993 ein Büro in Köln-Deutz. Bei der Kommunalwahl 1994 kandidierte er – vergeblich – für die Bezirksvertretung Köln-Nippes.

*Köln.Rundschau 30.12.03 - u.b.* ■

## Stadtrat fordert Rep zur Mandatsniederlegung auf

DÜSSELDORF. In einer gemeinsamen Resolution haben die Düsseldorfer Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Ende November das Ratsmitglied Jürgen Krüger aufgefordert, wegen seiner antisemitischen Äußerungen umgehend sein Ratsmandat niederzulegen. Krüger hatte in der Bezirksvertretung Stadtmitte gesagt, man habe, „wenn das so weitergeht, bald mehr Gedenkstätten als ermordete Juden".

Oberbürgermeister Joachim Erwin bezeichnete die Äußerungen Krügers als des Rates unwürdig und sprach allen Menschen, die durch die Äußerungen Krügers beleidigt worden seien, sein Bedauern und Mitgefühl aus. „Wer den Holocaust leugnet, hat in diesem Hause nichts zu suchen", sagte er. Die Ratsfraktionen begrüßten ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung derzeit die rechtlichen Möglichkeiten eine Ausschlusses Krügers aus dem Rat prüft. Die Staatsanwaltschaft klärt, ob ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet wird.

*www.duesseldorf.de* ■

## NRW-Landesvorsitzende Winkelsett Spitzenkandidatin der REP bei Europawahl

MÜNSTER. Die „Republikaner"-Partei wählte auf ihrem Bundesparteitag Ende November in der Stadthalle in Münster-Hiltrup auch ihre Kandidaten für die Bundesliste zur Europawahl 2004. Spitzenkandidatin wird die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Uschi Winkelsett. Die bedankte sich für das in sie gesetzte Vertrauen und bat die Delegierten laut Pressemitteilung der REP Folgendes in ihren Kreisverbänden zu verkünden: „Ich verspreche Euch, daß ich einen Wahlkampf organisieren und führen werde, wie Ihr ihn noch nicht erlebt habt!"

Auf den weiteren Plätzen treten der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer, der sächsische Kommunalpolitiker Martin Kohlmann und der hessische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Haymo Hoch an. Da die REP bisher nicht im Europa-Parlament vertreten sind, müssen sie 4000 Unterstützungsunterschriften für ihre Bundesliste sammeln, um zur Wahl zugelassen zu werden. Da diese Hürde nicht allzu groß ist, wird die Liste wohl leider antreten können. *u.b.* ■

## Kein Naziaufmarsch in Hamm!

HAMM. „Nachdem bereits am 14.6.2003 rund 200 Nazis durch Hamm marschiert sind, steht nun für den 17.1.2004 ein neuer Aufmarsch der national-sozialistischen „Kameradschaft Hamm" an, bei dem sie unter dem Motto „Solidarität mit Palästina" erneut ihre völkisch-reaktionären und antisemitischen Vorstellungen propagieren will." heißt es im Aufruf der Antifa Hamm. „Natürlich werden wir auch diesmal wieder gegen diese faschistischen Umtriebe vorgehen, die nur allzu offensichtlich versuchen, über eine vermeintliche Kritik am Staat Israel an den




immer offener geäußerten Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung anzuknüpfen.

Obwohl die Stadtverwaltung und örtliche Polizei immer wieder behauptet, es gäbe in Hamm keine rechte Szene – und militante Neofaschisten schon gar nicht –, besitzt Hamm wohl eine der aktivsten nationalsozialistischen Gruppen in NRW, die „Kameradschaft Hamm". Bereits im Juni marschierte die Gruppe unter dem Motto „Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau" auf. Damals marschierten die Neonazis mit etwa 200 „Kameraden" durch den Vorort Bockum-Hövel.

Wie etabliert die örtliche Naziszene in Hamm ist, war alleine an den Rednern und der internationalen „Naziprominenz" (u.a. Christian Worch – aktiver Neonazikader, Axel Reitz – Führer vom „Kampfbund deutscher Sozialisten", Hartmut Wostupatsch und Stefan Wijkamp von der „Nederlandse Volks →

Unie“), die anwesend waren, zu erkennen. Ebenfalls auffällig war, dass über 20 Personen Hemden mit der Aufschrift „Kameradschaft Hamm“ trugen.

Die recht kleine Gegendemonstration antifaschistischer Gruppen stieß auf harte Repressionen und endete mit 84 Platzverweisen und 5 Festnahmen bei etwa 200 Teilnehmern. Mit der Unterstützung der Dorfbevölkerung war nicht zu rechnen; während zur Zeit des sog. „Aufstand[es] der Anständigen“ (Gerhardt Schröder) noch die Strategie verfolgt wurde, durch bürgerlichen Protest die Antifa-Bewegung in ihrer Rolle überflüssig erscheinen zu lassen, einigte man sich in Bockum-Hövel darauf, „der braunen Horde die kalte Schulter zu zeigen“ (WAZ) und zog die Jalousien runter, bis alles wieder vorbei war. Mit diesem akzeptierenden Schweigen wurde erneut versucht, die Existenz der Hammer Naziszene und die von ihr ausgehende Gefahr zu ignorieren. Doch wir werden auch dieses Mal wieder versuchen uns den Nazis zahlreich und entschlossen in den Weg zu stellen!

Zur Gegenaktion rufen unterschiedliche Gruppen auf. Es bleibt abzuwarten, ob es diesmal gelingt in Hamm eine antifaschistische Demonstration durchzuführen, die groß genug ist um den völkischreaktionären Aufmarsch zu verhindern, zu stoppen oder zu blockieren. Bisherige Unterstützer: Jugendantifa Lippstadt, Junge Linke Lippstadt, Infoladen Clandestino (Lippstadt), Junge Linke Gelsenkirchen. *www.antifa-hamm.de* ■

## Schulungsveranstaltung des Deutschen Kollegs

Thüringen. Zum Thema „System der Sozialwissenschaften“ kündigen Horst Mahler, Reinhold Oberlerchner und Uwe Meenen für den 27. und 28. März eine Schulung an, im Gasthof „Frische Quelle“ in Mosbach (Thüringen) nahe der Wartburg statt. Leiter der Schulung sind RA Horst Mahler und Dr. Reinhold Oberlercher. „Die Deutschen werden nur dann eine zu intelligenter Nationalpolitik befähigte nationale Intelligenz ausbilden, wenn diese sich eine gesellschaftswissenschaftliche Allgemeinbildung aneignet.“ heißt es in der Einladung. „Denn wie jeder politische Krieg und wie der Weltbewußtseinskrieg, so findet auch der Befreiungskrieg des deutschen Volksgeistes in der Gesellschaft statt. Die Weltgesellschaft der Nationen wie deren jeweilige bürgerlichen Gesellschaften sind der Schauplatz von Krieg und Frieden, von Kämpfen und Verträgen, von strittigen und unstrittigen Rechtszuständen.“ Außer „der Bereitschaft zu harter geistiger Arbeit wird für die Teilnahme an der Schulung nichts vorausgesetzt“, heißt es weiter. Vorherige Lektüre sei jedoch hilfreich. ■

# DJU protestiert bei Staatsanwaltschaft und Justiz

**Dortmund. Mit Briefen an die Dortmunder Staatsanwaltschaft und die Justizbehörden des Landes NRW protestierte die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di gegen das behördlichen Vorgehen gegen den Dortmunder Journalisten und Sprecher der VVN-BdA NRW Ulrich Sander:**

„Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di protestiert gegen die Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dortmunder Journalisten Ulrich Sander und gegen die damit verbundene Beschlagnahme von Arbeitsunterlagen und Computer des Kollegen. Die Polizeiaktion, in deren Rahmen auch das Büro der VVN-BdA in Wuppertal durchsucht wurde, war mit dem Verdacht auf „Amtsanmaßung“ begründet worden.

Die dju sieht die Durchsuchung des Journalistenbüros als Verletzung des gesetzlich garantierten Zeugnisverweigerungsrechts und als illegale Ausforschung von Rechercheergebnissen unter einem strafrechtlichen Vorwand. Malte Hinz, Sprecher des Bundesvorstands der dju und Betriebsratsvorsitzender in Dortmund, erklärte dazu: „Es ist offenkundig, dass hier die Staatsmacht mit unverhältnismäßigen Mitteln gegen einen engagierten Dortmunder Journalisten vorgeht und gleichzeitig das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten insgesamt verletzt. Das muss die dju entschieden zurückweisen. Nicht das Verhalten von Sanders, sondern das von Polizei und Staatsanwaltschaft ist Amtsanmaßung – und ein Akt staatlicher Willkür.“

Ulrich Sander, der als Journalist und Buchautor seit vielen Jahren über den Themenbereich Verbrechen der Wehrmacht, besonders der Gebirgstruppe, publiziert, hat seine Recherche-Ergebnisse stets und aktuell in einer Reihe von Medien öffentlich gemacht. Gefälschte Briefe an ehemalige Gebirgsjäger zu verschicken, stünde dieser am öffentlichen Interesse orientierten Arbeitsweise diametral entgegen. Umso befremdlicher findet es die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di, dass die Behörden wegen der Brieffälschungen einseitig ihre Ermittlungen auf einen engagierten Journalisten gerichtet und ihm die Möglichkeit verwehrt haben, zuerst einmal als Zeuge gehört zu werden.

**Zur Information über den Fall:**

Gegen Ulrich Sander wurde im Durchsuchungsbeschluss der Vorwurf erhoben, er sei verdächtig, Urheber eines gefälschten Briefes – mit Kopf des Leiters der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen in Dortmund und der faksimilierten Unterschrift des zuständigen Staatsanwaltes – zu sein, der im Mai vergangenen Jahres ehemaligen Gebirgsjägern in Bayern zuging. In dem Brief wurde den Empfängern mitgeteilt, dass gegen sie Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg aufgenommen würden. Ein Teil des Wortlautes des Briefes entspricht tatsächlich einem Schreiben, das die Staatsanwaltschaft Dortmund an die VVN-BdA NRW gerichtet hatte. Vorangegangen waren Recherchen von Ulrich Sander und weiteren Publizisten und Wissenschaftlern, die sich mit den Verbrechen der Gebirgstruppe beschäftigt hatten. So wurde dem Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen eine Liste mit Namen von rund 200 noch lebenden ehemaligen Gebirgsjägern zugeleitet, die vermutlich am Massaker von Kephallonia beteiligt waren, dem 6000 italienische Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Der Justizminister leitete die Unterlagen an die zuständige Behörde weiter, worauf der Leiter der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen der VVN-BdA NRW brieflich mitteilte, dass gegen die Mordverdächtigen ermittelt werde. Die VVN-BdA stellte den Briefwechsel (allerdings nicht als Faksimile, sondern als Textabschrift) auf ihre Internetseiten.

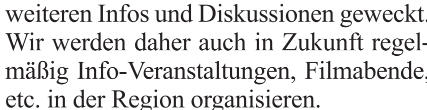
Ulrich Sander, der als Journalist und Buchautor seit vielen Jahren über den Themenbereich Verbrechen der Wehrmacht, besonders der Gebirgstruppe, publiziert, hat seine Recherche-Ergebnisse stets und aktuell in einer Reihe von Medien öffentlich gemacht. Gefälschte Briefe an ehemalige Gebirgsjäger zu verschicken, stünde dieser am öffentlichen Interesse orientierten Arbeitsweise diametral entgegen. Aus den Hausdurchsuchungsbefehlen geht hervor, dass ihnen monatelange Ermittlungen vorangegangen waren, von denen der beschuldigte Journalist nichts wusste. Während dieser Zeit stand er immer wieder in Kontakt mit der betreffenden Zentralstelle und erkundigte sich nach dem Fortgang der Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Kriegsverbrecher. Über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in eine ganz andere Richtung wurde er nicht informiert.

Der von Ulrich Sander geäußerte Verdacht, dass mit der Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion etwas ganz anderes bezweckt wurde, nämlich behördlichen Einblick in die Arbeit eines kritischen Journalisten und seine Quellen zu nehmen, lässt sich angesichts dieser Umstände nicht von der Hand weisen.

*PM dju* ■

# Antifaschistische Kehrwochen...

**In den letzten Jahren gerieten der Rems-Murr- und der Ostalb-Kreis, vor allem in der Region um Backnang, durch Übergriffe von Nazis immer wieder in die Schlagzeilen.**



Die NPD/JN hat dort jahrelang fast ungestört ihre Strukturen aufgebaut, Veranstaltungen, Liederabende und Feste organisiert. In Backnang, aber auch in anderen Städten in der Region, gibt es zahlreiche rechte Jugend-Cliquen, die immer wieder durch Nazi-Schmierereien und Schlägereien in Erscheinung treten. In der Zeit vom Jahresbeginn 2002 bis Ende diesen Jahres registrierte die Polizei mehr als 130 rechte Straftaten, darunter Brandanschläge, Angriffe auf MigrantInnen und Linke, Sachbeschädigungen, usw. Aus diesem Grund schloss sich in Stuttgart im September ein antifaschistisches Bündnis bestehend aus der AG Antifa der Revolutionären Aktion Stuttgart, der Jugendantifa Stuttgart, der Antifa Ludwigsburg und der Antifa-Vaihingen / Enz zusammen, um gegen die Aktivitäten der Nazis im Rems-Murr-Kreis aktiv zu werden. Es wurden mehrere offene Treffen einberufen, an denen sich viele Menschen beteiligten.

Die Kampagne Die Nazis von der Straße fegen! Antifaschistische Kehrwochen im Rems-Murr Kreis wurde ins Leben gerufen.

Wir haben uns mit der Kampagne zum Ziel gesetzt, die antifaschistischen Strukturen und Menschen in der Region zu unterstützen und den Nazis direkten Widerstand entgegen zu setzen. Außerdem ging es darum, mehr zu vermitteln, als die Notwendigkeit des Kampfes gegen Nazis. So haben wir auch die ideologischen Wurzeln des Faschismus, also Rassismus, Nationalismus, etc. in den Broschüren und Veranstaltungen thematisiert. Im Rahmen der Kampagne wurden einige hundert Plakate und Tausende Aufkleber verklebt, mehrere tausend Broschüren verteilt und ca. ein Dutzend Veranstaltungen organisiert. Die Kampagne war ein voller Erfolg. Hier ein kurzer Überblick:

● Die Veranstaltungen waren meist gut besucht und haben bei vielen Interesse an weiteren Infos und Diskussionen geweckt. Wir werden daher auch in Zukunft regelmäßig Info-Veranstaltungen, Filmabende, etc. in der Region organisieren.

● Die Bustour am 15. November, in deren Rahmen Kundgebungen und Demos in Backnang, Rudersberg und Schw. Gmünd durchgeführt wurden, stieß auf großes Interesse. In Schwäbisch Gmünd schlossen sich zahlreiche Menschen spontan der Demonstration an.

● Zur Verhinderung einer Veranstaltung der JN in Lorch am 21. November kamen ca. 150 bis 200 Menschen. Bei einer am späten Abend durchgeführten Spontandemo beteiligten sich viele Jugendliche aus der Region. Außerdem bekundeten viele AnwohnerInnen ihren Zuspruch und ihre Solidarität für die Proteste gegen die Nazis. Wenngleich die Nazis behaupten, dass ihre Veranstaltung an dem Abend trotzdem stattgefunden hat, hat unsere Mobilisierung trotzdem Erfolge mit sich gebracht. Die Nazis konnten ihren Treffpunkt am Lorcher Bahnhof, von welchem aus Interessierte zum Veranstaltungsort geschleust werden sollten, so gut wie nicht nutzen. Sie konnten so nur ihr direktes Umfeld über Telefon zum Veranstaltungsort dirigieren. Zum anderen hat sich gezeigt, dass wir auch mit einer sehr kurzfristigen Mobilisierung sogar in der Provinz viele Menschen erreichen, die den Nazis entschlossenen Widerstand entgegen setzen.

● An der großen Demonstration am 6. Dezember in Backnang beteiligten sich trotz Regenwetter schließlich ca. 400 Menschen. Vermutlich war dies seit Jahren die größte Demo in Backnang und ein eindruckvolles Zeichen dafür, dass die Nazis es hier nicht schaffen werden, sich eine „National Befreite Zone“ zu schaffen. Im Anschluss an die offizielle Demonstration, zog noch eine spontane Demonstration direkt zur Kneipe „Music Point“ in der Stuttgarter Straße, die seit längerem als Treffpunkt der Nazis bekannt ist. Trotz Provokationen der Polizei kam es nicht zu einer Eskalation und zu keinen Festnahmen. Später wurde jedoch am Backnanger Bahnhof ein Antifaschist nach einer Auseinandersetzung mit einem Faschisten festgenommen.

Wir werden unsere Aktivitäten gegen die Nazis (nicht nur) im Rems-Murr- und im Ostalb-Kreis natürlich weiterhin fortsetzen. Wir möchten uns bei allen bedanken, die die Kampagne unterstützt und mitgetragen haben: Antifascist Rock Action, Juze Backnang, Villa Roller Waiblingen, Esperanza Schw. Gmünd, Anarchist Black Cross, Fuck you Emptyness, Courage Projekt, und alle, die wir vergessen haben.

*Dieser Artikel wurde von der AG Antifa der RAS geschrieben und gibt evtl. nicht die Meinung aller Teile des gesamten Bündnisses wieder* ■

## Heutiger Ordo Militaris Teutonicus unterhält keine Verbindung zum Hause Bismarck

Der im Jahre 1995 neu gegründete Ordo Militaris Teutonicus e.V. unterhält keine Verbindung zum Hause Bismarck. Ebenso werden und wurden keine Ordensdekorationen dem Bismarckbund zur Verleihung übergeben, dies teilte uns der Großmeister des Ordo Militaris Teutonicus, Herr Mayer mit.

In den Antifaschistischen Nachrichten 15/2003 wurde in dem Artikel „Bismarck - Ein Mythos und seine Jünger“, S. 8 über eine solche Verbindung berichtet. Sie bezog sich aber nicht auf den neu gegründeten Ordo Militaris Teutonicus e.V. Die Formulierung war vom Autor aus dem Artikel „Nationale Sinnstiftung“ aus Konkret 11/96 übernommen worden und bezog sich auf Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre. *Die Redaktion*

## ABAD erhält keine Förderung mehr

THÜRINGEN. Die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD) erhält seit dem 31. Dezember 2003 keine Förderung mehr aus dem Bundesprogramm Civitas. Dies teilte die Servicestelle wenige Tage vor Jahresende mit. Eine Begründung liegt bislang nicht vor. Nach den geänderten Leitlinien des Bundesprogramms benötigen landesweite Projekte ab 2004 zwingend eine Befürwortung der jeweiligen Landesregierung. Die Thüringer Landesregierung versagte ABAD die Befürwortung und verweigerte Gespräche über die Zukunft des Projektes. Die zwei Büros in Gera und Erfurt werden zum Jahresende aufgelöst. Vier MitarbeiterInnen erhielten ihre Kündigungen. Eine bereits bewilligte ABM-Stelle für interkulturelle Verständigung muss außer Kraft gesetzt werden.

Das Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. hat mehr als zwei Jahre lang Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen beraten und unterstützt. Es hat sich fachliche Bestätigung und breite Anerkennung in Thüringen erworben. Bis zuletzt hatten sich Vereine und Initiativen sowie PolitikerInnen, darunter die Grünen-Bundesvorsitzende Angelika Beer, für eine Weiterförderung von ABAD durch das Bundesprogramm Civitas eingesetzt.

*J. Bürgin, Flüchtlingsrat Thüringen e.V., www.fluechtlingsrat-thr.de* ■

## Rechtsradikale gründen Firma im Kosovo

MAGDEBURG. Sachsen-Anhalts Verfassungsschutz hat einen Bericht der „Mitteldeutschen Zeitung" bestätigt, wonach führende Rechtsradikale eine Firma im Kosovo gegründet haben. Behördenchef Limburg zufolge sind die Hintermänner von „Albacon" der frühere Merseburger Waffenhändler Harald Bornschein und Ex-NPD-Landeschef Kerkhoff. Laut Internetauftritt engagieren sich die beiden mit einem Kosovaren in den Bereichen Transport, Tourismus, Eisenbahn. Sie bieten auch Dienste „rund um die Jagd" an. Laut Limburg beobachte man diese Entwicklung und mögliche Rückverbindungen nach Deutschland „äußerst aufmerksam". Für das Ausland sei man als Inlandsdienst aber nicht zuständig. *mdr-online, FR 6.1.04* ■

## Urteil gegen „Landser"

BERLIN. Erstmals wurden Mitglieder einer Musikgruppe als kriminelle Vereinigung verurteilt. Die Neonazi-Band „Landser" schüre Hass und Gewalt gegen Juden und Ausländer. Wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilte das Gericht drei Musiker der Band zu Haftstrafen von 21 (André M.) bzw. 22 Monaten (Christian W.) auf Bewährung sowie drei Jahren und vier Monaten Haft (Sänger und Gitarrist Michael R.).

Die Richter sahen es als erwiesen an, dass die drei Angeklagten zwischen 1997 und 2001als Mitglieder einer im Verborgenen wirkenden und zum politischen Kampf bereiten Musikgruppe zu Straftaten aufgerufen haben. Die Verteidigung kündigte Revision vor dem Bundesgerichtshof an. *FR 23.12.* ■

## Nazis störten Reemtsma-Vorlesung in Duisburg

DUISBURG,. Am 7.1. sollte in Duisburg ein Vortrag von Jan Phillip Reemstma über Arno Schmidt stattfinden. Um ca. 20.30 Uhr enthüllten vier Zuhörer ein Transparent mit der Aufschrift „Reemtsma laß das Lügen sein!". Zuerst wusste niemand so recht, was da auf einmal abging. Die Vier machten auch dazu noch mit Trillerpfeifen einen unglaublichen Lärm. Nach kurzer Zeit wurden sie von Sicherheitsbeamten des Hauses verwiesen und leisteten auch keinerlei Widerstand, bis auf das dämliche Getrillere.

Nachdem wieder Ruhe eingekehrt war, erläuterte Herr Reemtsma dem Publikum kurz, dass es sich wohl um Nazis handele, die mit dieser Aktion wahrscheinlich auf seine Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" aufmerksam machen wollten. Herr Reemtsma nahm das alles ziemlich gelassen und fuhr mit seinem Vortrag fort. Um ca. 21.00 Uhr ertönten abermals Trillerpfeifen und eine Menge Eier flogen Richtung Pult. Herr Reemtsma wurde getroffen. Diese Aktion dauerte auch nicht länger als eine Minute und ging von einer fünfköpfigen Gruppe „Zuhörer" aus. Ein Security versuchte noch einen der Nazis zu erwischen, der sich aber heftig wehrte und auch Hilfe von den anderen bekam. Dann zog die Gruppe ab. Von außen deckten die Nazis dann noch die Stadtbücherei mit Eiern ein und verschwanden. Die Vorlesung, die im übrigen ja gar nichts mit der Wehrmachtsausstellung zu tun hatte, musste abgebrochen werden. Mit der Aktion der örtlichen Neo-Nazis hatte keiner gerechnet, da die Lesung eine vollkommen unpolitische war.

*Quelle: indymedia* ■

## Teil 2 der Langzeitstudie „Deutsche Zustände" vorgestellt

Prof. Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) hat mit seinem zehnköpfigen Forscherteam zum zweiten Mal „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" in Deutschland untersucht. Auf der Pressekonferenz am Donnerstag, den 11. Dezember, in Berlin betonte Professor Wilhelm Heitmeyer, dass die Zunahme oder Verstetigung der Einstellungen, die die Studie als „gruppenbezogene Menschenfeindlichekeit"beschreibt, „eine Kette der Vergiftung für die demokratische Athmosphäre" sei, also der demokratischen Grundordnung gefährlich werden könnte.

Besonders alarmierend: Die „Mitte der Gesellschaft" wird extremer. „Bei einigen Ressentiments zeigt die Befragung, dass sie auch viele Menschen vertreten, die sich selbst politisch in der Mitte der Gesellschaft einordnen", sagte Heitmeyer, „Menschen, die offenbar kein Gefühl mehr dafür haben, wie weit sie außerhalb des demokratischen Meinungsspektrums stehen." Ein Phänomen, das sich nicht nur in der Befragung, sondern auch im Alltag zeigt, wenn etwa ein Bürgermeister in Rastedt äußert, die afrikanischen Asylbewerber des Ortes sollten „Tanzen, bis sie schwarz werden" (geschehen in Rastatt, Baden-Württemberg, im Juli 2003) oder ein Martin Hohmann in einer öffentlichen Rede Juden als „Tätervolk" diffamiert. Dies, so der Soziologe, führe zu einer Verschiebung der Grenzen, was als Normalität gelte, wenn die Gesellschaft und die Politik sich solchen Versuchen, Rassismus oder Antisemitismus zu etablieren, nicht entschlossen entgegenstelle.

Als weiteres Problem benannte Heitmeyer den ermittelten Fakt, dass die soziale Integration sich sehr negativ entwickle und der Pessimismus in der Gesellschaft steige. Je weniger Menschen mit der eigenen Lebenssituation zufrieden sind, desto weniger sind sie dazu bereit, andere anzuerkennen. „Wir stellen eine gestiegene Aggressivität und Ruppigkeit fest", so Heitmeyer, „die damit einhergeht, dass der Glaube an die inneren Werte der Demokratie verloren geht."

Die Studie und Analyse der Ergebnisse ist in Buchform dokumentiert: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände 2, Frankfurt am Main 2003 Suhrkamp Verlag, Das Buch erscheint im Januar 2004 und wird 10 Euro kosten.

*Quelle: mut-gegen-rechte-gewalt.de* ■

## „Interhandel-Vermögen gehört den Zwangsarbeitern"

FRANKFURT. „Das Vermögen der ehemaligen I.G.-Farben-Tochter Interhandel gehört moralisch den überlebenden Zwangsarbeitern, denn sie sind die wichtigsten Gläubiger des Konzerns", insistiert der Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Kurt Goldstein, angesichts der geplanten Klage des US-Anwalts Ed Fagan gegen die Schweizer Großbank UBS, deren Vorläuferin, die Schweizer Bankgesellschaft, sich das auf 2,2 Milliarden Euro geschätzte Interhandel-Vermögen 1967 einverleibte. „Wenn eine Zahlungs-Verpflichtung der UBS gerichtsfest belegt werden kann", fordert Goldstein, der selbst die Zwangsarbeit in Auschwitz und Buchenwald überlebt hat, „dann steht dieses Geld nicht den Aktionären, sondern den früheren Arbeitssklaven der I.G. Farben zu." „Fagan handelt in Auftrag einiger raffgieriger I.G.-Farben-Aktionäre", ärgert sich der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre, Henry Mathews, und vermutet: „Im Hintergrund stehen nicht nur Aktionäre wie Bolko Hoffmann und Rüdiger Beutenmüller, sondern auch die ehemaligen Liquidatoren der insolventen I.G. Farben AG i.A.."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Bernhardt und Rechtsanwalt Volker Pollehn bildeten als Liquidatoren der Firma auch den Vorstand der Stiftung, die I.G. Farben im Jahr 2000 gegründet, aber nur mit lächerlichen 256.000 Euro ausgestattet hat. Die Stiftung ist von der Insolvenz des Unternehmens am 10. November 2003 nicht betroffen.

„Die Stiftung soll Zwangsarbeiter entschädigen und die verbrecherische Geschichte der I.G. Farben aufarbeiten", erinnert Mathews, „aber Bernhardt und Pollehn haben vor der Insolvenz der Firma perfide Vorkehrungen getroffen, damit geschichtslose Zocker diese Stiftung nun missbrauchen können, um sich die eigenen Taschen zu füllen."

*Presseinformation der Kritischen Aktionäre, 29.12.03* ■

# Neofaschistische Bluttat in Heidenheim

## – Zu den Hintergründen –

**Ein Neofaschist ersticht am 19. Dezember drei junge russische Migranten vor einem alternativen Kulturzentrum in Heidenheim. Die regionalen Medien kennen keine Neofaschisten. Für die *Augsburger Allgemeine* ist der Täter ein „Schüler", ein „junger Mann", ein „verdächtiger Berliner".**

Die Behörden können bis heute keinen rechtsextremen Hintergrund der Tat erkennen. Ein Täterfoto wird nicht veröffentlicht. Laut Spiegel soll es einen 17-jährigen Gymnasiasten mit Seitenscheitel und Nickelbrille zeigen. [1] Die Berliner Zeitung - weit weg, aber eben dort, wo der Täter herkommt - kennt ihn als Faschisten mit „Glatze, Nickelbrille und Springerstiefel". [2] Die Freundinnen und Freunde der Opfer werden dagegen von den Medien bundesweit ohne Hemmungen abgebildet in hilflosen, fassungslosen Kleingruppen, am liebsten mit Kerzen.

Antifaschistischen Widerstand gibt es für die bürgerlichen Medien nicht. Weder vor der Tat noch danach. Eine spontane Demonstration von 200 Leuten wird nur kurz erwähnt. Über die Trauerkundgebung der Stadtverwaltung, zu der 1500 Menschen kamen, berichtet die Augsburger Allgemeine nur noch in ihrer Dillinger Ausgabe, aber ohne ein Wort von den Jugendlichen, die auch sprachen. Nur die Kirchenvertreter und der CDU-Bürgermeister kommen zu Wort.

Die Protestdemonstration am 27. Dezember 2003, zu der Linke und Antifaschisten aus der Region, darunter auch die VVN, aufriefen [3], wird in der Augsburger Allgemeinen und der gesamten überregionalen Presse nicht erwähnt. Selbst die Heidenheimer Zeitung bringt nur eine dürre Notiz: „Die Veranstaltung selbst, an der über 250 Menschen teilnahmen, lief friedlich ab. Danach wurden 65 Demonstranten von der Polizei überprüft und bekamen einen Platzverweis für die Heidenheimer Innenstadt."

Donnerwetter – die Polizei kann auch Platzverweise aussprechen. Aber anscheinend nicht für neofaschistische Banden. Das Verhalten der Medien und der Behörden stinkt zum Himmel.

Die Berliner Zeitung und der Spiegel – ortsfern – lassen noch am meisten raus. Der Täter kommt offensichtlich aus der Berliner Neonazi-Szene. „Blitzschnell und ohne Vorwarnung stach der Neonazi vor der alternativen Disco „Kulturbühne 2" am Freitag um 23.30 Uhr die drei jungen Russland-Spätaussiedler ab. Er zielte jedes Mal auf das Herz und stach jeweils zwei Mal zu, erst in die Brust, dann in den Hals. Wie ein Nahkämpfer." [4] „Später fragt man sich, wie es einem Einzelnen gelingt, drei andere zu ermorden, ohne dass jemand eingreift, und wie der Täter zu Fuß entkommen kann." [5] Nahkampf und Rückzug will geübt sein. Man lernt das in der neofaschistischen Szene offenbar mit mörderischer Präzision. Leonhardt S. erwarb seine Ausbildung offenbar in Berlin. Nach seinem Wechsel nach Heidenheim konnte er dort offenbar mühelos andocken. Er wollte aber offenbar noch professioneller werden und auch an Waffen rankommen: „Gerade hatte er sich bei der Bundeswehr als Zeitsoldat beworben." [6]

Die Polizei hatte den Neofaschisten am gleichen Abend an der gleichen Stelle schon einmal kontrolliert. Hatte er da schon den selbstgebauten Schussapparat dabei und den Dolch mit der 20 Zentimeter langen Klinge? Oder hat er die Waffen erst besorgt, bevor er das zweite Mal aufkreuzte? Kann man dann von „Totschlag im Affekt" sprechen, wenn einer schon schwerbewaffnet aufkreuzt?



Nach der Tat passieren dann eigenartige Dinge: Der Täter war gar nicht allein vor dem K2, es bleibt im Dunkeln, wie viele es waren. Einer hat anscheinend den Türsteher des K2 abgelenkt. Behörden und Medien scheinen sich nur für Leonhardt S. zu interessieren. Der Täter entkam offenbar mühelos zu Fuß. Die Polizei telefonierte mit ihm (!) und er versprach, sich zu stellen. Er ließ sich aber bis Mittag des nächsten Tages Zeit. Laut Augsburger Allgemeine führte die Spur des Täters auch nach Dillingen. Die Polizei fordert Spezialkräfte aus Nürnberg an und umstellt dort erfolglos ein Haus. [7] Mehr erfährt man nicht. Inzwischen kreuzt der Täter mit zwei Anwälten bei der Polizei auf und schweigt seitdem. Für die Presse ist die Angelegenheit anscheinend damit erst mal erledigt.

Die Polizei scheint zunächst nur die selbst gebaute Schusswaffe zu interessieren, auf die sie vom Täter selbst hingewiesen wurde. Sie wurde von Tauchergruppen des THW aus einem tiefen See geholt: „Durch einen Gutachter muss laut Polizeibericht erst festgestellt werden, ob die selbst gebaute Waffe überhaupt schussfähig ist und als Schusswaffe eingestuft werden kann." [8] Anscheinend ist es den Behörden sehr wichtig, das Delikt illegalen Schusswaffenbesitzes aus der Welt zu schaffen.

Man muss nun eine sehr beunruhigende Frage stellen: Warum wollen Regionalpresse und Behörden – wenn überhaupt – nur kriminelle Handlungen sehen, aber ums Verrecken keine neofaschistischen Vergehen? Warum reagieren sie nicht auf die ganzen Warnungen und Aktionen der Jugend und der Antifaschisten sondern behindern diese eher noch?

Überregionale Medien wie die Süddeutsche Zeitung „analysieren": „Wohl ist der Anteil der Ausländer in Heidenheim seit 1996 von 15,8 auf 14,2 Prozent leicht gesunken. Dennoch habe es in der 50 000 Einwohner zählenden einstigen Hochburg von NPD und Republikanern auf der Ostalb öfter Handgreiflichkeiten unter Skinheads und Punks gegeben." [9]

Mit solchen „Analysen" werden uns also ein „Ausländer"-Problem, eine traditionell rechtslastige Einwohnerschaft und jugendliche, politisch verbrämte Bandenkriege angeboten.

Nur, wo „Ausländer" sind, also Arbeitsmigranten, da gibt es auch Betriebe und in den Betrieben gibt es bekanntlich keine „Ausländer"-Probleme. Wenn es in den Betrieben Probleme gibt, dann in der Regel nicht zwischen Belegschaftsteilen sondern zwischen Belegschaft und Unternehmensleitung.

Das zweite Argument der Süddeutschen Zeitung ist noch verlogener: Heidenheim als „einstige Hochburg von NPD und Republikanern auf der Ostalb". Die NPD hat in den Bundestagswahlen seit 1987 nur einmal mehr als 100 Stimmen in Heidenheim bekommen. In den drei Bundestagswahlen zuvor erhalten alle sonstigen Parteien, zu denen auch die NPD zählte, zusammen lediglich zwischen 0,6 und 0,9%. 1994 trat die NPD gar nicht mehr an, 1998 erhielt sie ganze 22 Zweitstimmen. Wahrlich eine „Hochburg" für die NPD!

Und die REPs? Die haben bei den Bundestagswahlen 1990 mit 5,5% angefangen und sind jetzt bei 1,2% gelandet. Ihre Stimmen wurden weitgehend von der CDU übernommen. Alle rechten Parteien zusammen erhielten bei den Bundestagswahlen 2002 ganze 543 Stimmen, das sind 2,3%. Bei den 98er Wahlen waren es 5,4%. [10] Die Ergebnisse von

REP und NPD in Heidenheim liegen exakt auf dem Landesdurchschnitt. Also auch keine REP-Hochburg! Aber wenigstens eine provinzielle, miefige CDU-Hochburg? Mitnichten! Die CDU hat bei den letzten Bundestagswahlen zwar zugelegt, aber die SPD ist immer noch stärkste Partei mit 41,5% der Zweitstimmen weit über dem Landesdurchschnitt von 33,6%. Bei den Erststimmen liegt die SPD mit 46% weit über den Zweitstimmen und hat praktisch gegen-über 1998 keinen Einbruch zu verzeichnen.

Das dritte Argument der Süddeutschen Zeitung: Ein jugendlicher Bandenkrieg, der sich dann zu Gewalttaten hochschaukelt und nur politisch verbrämt ist?

Heidenheim ist eine Arbeiterstadt und die ganze Region ist eine Industrieregion. Die Gewerkschaften haben was zu melden in der Region. Die linke Szene ist relativ stark und hat mit der DKP sogar ein Stadtratsmandat und mit dem K2 ein friedliches linksalternatives Kulturzentrum und Discotreff. Es gibt diverse Einrichtungen der höheren Bildung, wo auch Linke wirken. Alles nicht gerade ideale Voraussetzungen für „Bandenkriege".

Im Gegenteil: die Jugend, die Gewerkschafter, die Linken, die Antifaschisten sind besonnen und wachsam gegenüber faschistischen Aktivitäten. Mit einer für örtliche Verhältnisse wuchtigen antifaschistischen Aktion sind sie 1999 gegen einen Nazi-Laden vorgegangen und gegen die Organisation, die dahinter steckte: den FVB Freiheitlicher Volks Block, der sich selbst als „zeitgemäße SS" bezeichnet. „Paddys Military Shop" gibt es inzwischen nicht mehr. Die Antifa hat damit Reorganisationsversuche der vom Landes-Innenministerium verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD) verhindert. Die fortschrittliche Szene in Heidenheim hat zielsicher verhindert, dass Nazis Strukturen schaffen, um Jungnazis zu rekrutieren. Die fortschrittliche Szene fasste ihre Befürchtungen damals so zusammen: „Um Jungfaschisten an sich binden und nationalsozialistisch schulen zu können, betreibt nun eben dieser Jürgen Boer in Heidenheim einen als Military-Shop „getarnten" Laden, in dem sich das deutsch gesinnte Publikum frei treffen kann, um Angriffe auf alles als „nicht-deutsch" Definierte planen und ausführen zu können." [11]

In ihrem Aufruf zur Demonstration am 27. Dezember 2003 stellt die Antifa fest, dass die rechtsextreme Szene sich in den letzten Jahren in Heidenheim nicht mehr offen zeigen konnte. Seit einige Monaten allerdings werde gezielt Jagd auf Menschen gemacht, das K2 spielt dabei eine wichtige, wenn nicht zentrale Rolle. Es ist im Visier der Neofaschisten.

Die neofaschistischen Verbrechen kommen also nicht aus der örtlichen Atmosphäre. Was vertuschen die überregionalen Medien, wenn sie ein solches falsches Bild zeichnen? Sie wollen nicht zeigen, dass es ein gefährliches faschistisches Netzwerk gibt, faschistische Organisationen und Banden, die überregional operieren und dort, wo sie keine regionale Basis haben, strategisch ihre Kräfte verlagern, um in bestimmte Gegenden und örtliche Strukturen einzudringen.




**250 Menschen kommen zur Protestdemonstration gegen neofaschistische Gewalt, kein Thema für die örtliche Presse**

Wie die Antifa aufdeckt, spielt dabei auch ein relativ kleiner Haufen wie der VFB eine Rolle: Heidenheim, Göppingen, Ulm, Nürnberg, Halle... Nicht von ungefähr hatte der FVB seinen ersten großen Auftritt bei einer rechten Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941-1944", wo VFBler teilweise uniformiert in eigenen Blöcken mitmarschierten. Nicht von ungefähr war der Pächter des Heidenheimer Military-Shops Mitglied in der Nazigruppe „United German Warriors - Vereinigte Deutsche Kämpfer".

Die Neofaschisten sind vor allem auch Militaristen, nicht nur in Gedanken, nicht nur indem sie auf die Verbrechen der deutschen Wehrmacht positiv Bezug nehmen. Nein, sie versuchen auch, eigene militärische Strukturen zu bilden und – was und!? Hier hakt es aus bei unseren aufgeklärten Medien – und natürlich setzen die Neofaschisten vor allem auf die Bundeswehr und operieren auch innerhalb dieser und mit dieser. Offenbar weit massiver, als das die bürgerliche Öffentlichkeit zugeben will.

Es ist aber noch schlimmer. Es sind nicht einfach rechtsgesinnte, nostalgische Soldaten, die da die alten Lieder singen und ansonsten über Deutschland wachen. Die BRD bereitet eine Außenpolitik vor, die militärische Interventionen und Angriffskriege einschließt. Das Personal dafür kann man nicht aus dem Hut zaubern, es muss ausgesucht und ausgebildet werden. Es muss bedenkenlos töten können, auch im Nahkampf – und dazu bereit sein. Wer könnte sich besser dafür eignen als Neofaschisten?

Selbst die große USA hat Probleme, solche Leute für den Irak zu finden und vergattert jetzt die Nationalgarde. Leonhardt S. war bereit für eine solche Karriere, in der Bundeswehr, im KSK, an den zukünftigen Fronten... Es klingt in der Berliner Zeitung fast bedauernd: „Gerade hatte er sich bei der Bundeswehr als Zeitsoldat beworben. Jetzt sitzt er im Knast."

Man muss damit rechnen, dass sie für Militäraktionen solche Leute finden, die Frage ist, ob sie genügend finden und ob sie lange Freude an ihnen haben. Wer ist „sie"? Offensichtlich nicht nur die Bundeswehrbehörden, sondern auch andere Behörden, Politik und Medien sind verwickelt, indem sie die bundesweite Rekrutierung verschleiern, decken, die Hintergründe verschweigen, wenn was schief geht, die Antifa desavouieren und zermürben, die Vorselektion im neofaschistischen Lager selbst überwachen... Es ist ein übles, abgekartetes Spiel, was da im Hintergrund anläuft.

Uns dämmert langsam, warum die Medien so auffallend in die falsche Richtung lenken. Der Verdacht keimt auf, dass es sich um ein bundesweites Medienkomplott handelt. Und wir glauben, die Linke täuscht sich, wenn sie sagt, die Behörden seien wie gewohnt auf dem rechten Auge blind. Sie sind nicht blind auf dem rechten Auge! Sie brauchen „junge Männer" – aber nicht im Knast sondern woanders. Die Antifa stört hier ungemein!

*Forum solidarisches und friedliches Augsburg,Email:forumaugsburg@web.de Web: www.forumaugsburg.de* ■

1 SPIEGEL ONLINE 21. Dezember 2003 www.spiegel.de/panorama/0,1518,279405,00.html
2 Berliner Zeitung BZ http://bz.berlin1.de/aktuell/news/031222/discostecher.html
3 Macht die Augen auf ... http://ulm.antifa.net/
4 BZ, a.a.O.., 5 SPIEGEL ONLINE, a.a.O..
6 BZ, a.a.O..
7 Augsburger Allgemeine 22.12.2003 www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Bayern/sptnid,982676723377_arid,1071977250623_regid,2.html
8 Augsburger Allgemeine, a.a.O..
9 SZ 22.12.2003
10 unter Rechte haben wir REP, NPD, CM (Christliche Mitte) und Schill zusammengefasst. Quelle: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/home.asp?H=4&R=GE135019
11 Rückblick: Zur Demonstration „Weg mit dem Naziladen! - Den rechten Vormarsch stoppen!" Autonomes Redaktionskollektiv, www.linkeseite.de/Texte/2003/dezember/20-6.htm

# „Reichsregierung“ verschickt Haftbefehle

**In Brandenburg und Sachsen erlässt die „Kommissarische Reichsregierung“ Gesetze und verteilt „Reichsausweise“. Sie verschickt „Haftbefehle“ und stellt „Reichsführerscheine“ aus. Nach einem Bericht der Lausitzer Rundschau vom 5.1.2004 baut sie zudem „eine bewaffnete Polizeitruppe“ auf.**

Die Staatsanwaltschaften verschiedener sächsischer Gemeinden ermittelten in der Vergangenheit wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung. So im Falle des Sven F. aus Bad Muskau, der beim Grenzübertritt nach Polen auffiel, als er ein Ausweisdokument „Deutsches Reich Nr. 681016458351014“ vorzeigte. Bislang wurden solche Vorfälle eher als Spaß verbucht und die eingeleiteten Verfahren wegen Amtsanmaßung und Titelmissbrauchs eingestellt.

Dass es sich bei den Anhängern der sächsischen Reichsregierung nicht nur um harmlose Spinner handelt, zeigen die Drohkulisse der selbsternannten „Reichsregierung“: Im Thüringischen erhielt der Vizechef des Nordhäuser Bauordnungsamtes, Klaus Müller-Steidner einen Haftbefehl des „Deutschen Reiches“. Wenn die Reichsregierung an der Macht sei, heißt es darin, werde er wegen „Hochverrats“ in Untersuchungshaft genommen. „Hochverrat“ begehe, wer die „Reichsregierung“ nicht anerkenne. Als Höchststrafe sehe das Gesetz dafür die Todesstrafe vor.

Nachdem sich im Juni eine „kommissarische Landesregierung des Reichslandes Freistaat Sachsen“ konstituiert hatte, ist jetzt auch das sächsische Innenministerium hellhörig geworden. Für das Berliner Landesamt des Verfassungsschutzes ist der „Oberregierungsrat“ und „Reichsrechtlicher Rechtssachverständiger und Preußischer Rechtskonsulent“ ohnehin bekannt. Zusammen mit dem Nazikader Christian Worch organisierte Frank Kaleta aus Luger Anfang 2000 ein Skinhead-Konzert in der Kneipe seiner Mutter in Massen bei Finsterwalde.

Der „Oberpräsident der Provinz Sachsen im Freistaat Sachsen“, Wolfgang Richter, gehört im Getummel von Wahnsinn und Methode voraussichtlich noch zu denjenigen NS-Nostalgikern, die wissen, was sie tun. Das ehemalige DSU- und DVU-Mitglied jongliert mit einem Wust aus Gesetzestexten, Alliierten-Bestimmungen am Ende des Krieges, Bundesverfassungsgerichts-Urteilen, Völkerrechts-Paragraphen und -Verträgen und vertritt die These, dass man nicht in der Bundesrepublik lebe, denn die „ist de jure 1990 bei der Pariser Konferenz mit der Streichung der Grundgesetz-Präambel abgeschafft worden“. Deshalb seien die Deutschen kein Bundesbürger sondern Reichsdeutsche. „Und deren Reichskanzler ist Wolfgang Gerhard Günter Ebel.“ Bei dem 64-jährigen Reichskanzler gereicht der Wahnsinn zur Methode. Verfahren gegen ihn wegen Amtsanmaßung und Titelmissbrauch mussten eingestellt werden – wegen Schuldunfähigkeit: Ebel, der in einem Haus in Berlin-Zehlendorf Hof hält, Minister beruft und einen Regierungsapparat aufbaut sei „verrückt wie ein Pferd“ , da habe die Staatsanwaltschaft keine Handhabe. *kun* ■

# „Das gibt es sonst nirgends“

## Der Friedenspolitische Ratschlag tagte in Kassel - und (fast) alle kamen

**Am 6. und 7. Dezember traf sich auf Einladung der AG Friedensforschung an der Universität Kassel und des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel zum zehnten Mal der „Friedenspolitische Ratschlag“. Dieses jährliche große Treffen von Friedenswissenschaftlern, Friedensbewegung und Politik stand diesmal im Zeichen der bedrohlichen weltpolitischen Entwicklung, die der angloamerikanische Krieg gegen Irak heraufbeschworen hat. Das Motto des Kongresses lautete: „Perspektiven einer friedlichen Welt“.**

Rund 350 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und aus dem benachbarten Ausland diskutierten an den beiden Tagen in der Kasseler Universität über die Folgen des Irakkriegs. Der Kampf gegen den Terrorismus habe in den vergangenen zwei Jahren nach Meinung der Veranstalter eine fatale Richtung eingeschlagen, sagte Peter Strutynski (Kassel) in seinem Eröffnungsreferat. Anstatt mit rechtsstaatlichen Mitteln und im Rahmen des Völkerrechts Terroristen zu verfolgen und zu bestrafen, sind die USA und andere Staaten der Versuchung erlegen, die Probleme mit militärischer Gewalt „lösen“ zu wollen. Afghanistan war die erste Station eines Krieges, den US-Präsident Bush unmittelbar nach dem 11. September 2001 zu einem „permanenten Krieg gegen den Terror“ deklariert hatte. Bei der zweiten Station, dem Irak, bediente man sich des Vorwands des unerlaubten und den Weltfrieden bedrohenden Besitzes von Massenvernichtungswaffen. Der Irakkrieg wird in die Geschichte eingehen als ein Krieg, der gegen den erklärten Willen des UN-Sicherheitsrats, gegen den Mehrheitswillen der Menschen in fast allen Staaten der Welt und gegen den bis dahin beispiellosen politischen Protest von Millionen und Abermillionen Menschen angezettelt wurde. Es ist gleichzeitig der erste Krieg, der nach dem Drehbuch der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA (September 2002) geführt wurde: als vom Völkerrecht verbotener Präventivkrieg.




Die vielen Themen, die auf dem Kongress behandelt wurden, können hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden. Neben den Plenarveranstaltungen gab es noch 18 Foren, Arbeitsgruppen und Workshops. Alle Referate sollen in der Publikationsreihe „Kasseler Schriften zur Friedenspolitik“ veröffentlicht werden und sind bereits auf der Website des Friedensratschlags nachzulesen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hatte für den Kongress eine Erklärung vorbereitet und nach intensiver Beratung am Ende den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit auf den Weg gegeben: „Es ist höchste Zeit zur Umkehr“. Darin werden fünf vordringliche Aufgaben der Friedensbewegung formuliert:

**1.** Der Irakkrieg soll in Form dezentraler Hearings und anderer Veranstaltungen mit Experten, Wissenschaftlern und Augenzeugen aufgearbeitet werden. Münden sollen diese Aufklärungs- und Ermittlungsaktivitäten in ein Internationales Kriegs-Tribunal.

**2.** Die Friedensbewegung soll sich noch stärker als in der Vergangenheit mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigen. Mit der am 1. Dezember veröffentlichten „Genfer Initiative“ liegt eine neue interessante Anregung von Nicht-Regierungsseite vor, die dem Friedensprozess neue Impulse verleihen und der Gewaltspirale ein Ende bereiten könnte.

→

**3.** Der Entwicklung der Europäischen Union von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einem Militärbündnis muss Einhalt geboten werden. Dies impliziert die Ablehnung der EU-Verfassung in der vorliegenden Form. Die Friedensbewegung wird sich am 9. Mai 2004 an den europaweiten Protesten anlässlich des EU-Gipfels in Rom beteiligen. Die EU-Kritik schließt den Widerstand gegen die weitere Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee ein.

**4.** Mit dem Beschluss des US-Kongresses, der Regierung Geld zur Verfügung zu stellen, um die Entwicklung sog. „Mini-Nukes" voranzutreiben, droht ein atomarer Rüstungswettlauf. Die Friedensbewegung wird bestehende internationale Kampagnen, z.B. die des weltweiten Hiroshima-Bündnisses von Bürgermeistern unterstützen, die Welt ganz von Atomwaffen zu befreien.

**5.** Die Friedensbewegung wird sich noch stärker in die Bewegungen gegen Sozialabbau und neoliberale Globalisierung einbringen. Partner auf Seiten der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen (z.B. Attac) sind zahlreich vorhanden. Die Unterschriftenkampagne „Abrüstung statt Sozialabbau" wird weitergeführt - zunächst bis zum 20. März 2004.

Ich kann mich an keinen „Ratschlag" erinnern, der auch am zweiten Tag so komplett besetzt war. Und das bis zum Schluss! Die Teilnehmer kamen zum Teil von sehr weit her: Aus Österreich (Linz, Graz, Salzburg und Wien) ein Dutzend Friedensaktivisten, eine Frau aus Basel und aus Athen Iraklis Tsadaridis, der die deutschen Teilnehmer zur Olympiade des Friedens im nächsten Frühjahr/Sommer nach Griechenland einlud. Die gute Mischung aus seminaristischer Arbeit mit exzellenten Friedenswissenschaftlern und praxisorientierten Diskussionen um friedenspolitische Strategien und Schwerpunkte soll auch künftig das Markenzeichen der Kasseler Ratschläge sein. Das gibt es sonst nirgends.

*Peter Strutynski, Kassel*
*www.uni-kassel.de/fb10/frieden/* ■

**Kommt zum Protest gegen die sog. NATO-"Sicherheits"-Konferenz am 6./7. Februar 2004 in München**

**Freitag, 6. Februar 2004 ab 16 Uhr: Proteste rund um den Tagungsort Hotel Bayerischer Hof**
**Großdemonstration am Samstag, 7. Februar um 12 Uhr auf dem Marienplatz**
**Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen - No pasaran!**
**Wir sind auf Spenden angewiesen. Bitte überweist auf das Konto: Martin Löwenberg, Kto.-Nr. 282 64 - 802, BLZ 700 100 80, Postbank Mchn.**

# Friedensmacht oder aggressiver Militarismus*

**Zwei sehr verschiedene Neuerscheinungen zur deutschen Europapolitik***

Während sich in dem Sammelband „Deutschland im Abseits?" Politikwissenschaftler in 13 Beiträgen staatsmännische Sorgen um den außenpolitischen Einfluss der BRD in der Welt machen, veröffentlicht das gewerkschaftsnahe „Institut für sozial-ökologische Wirtschaftforschung" eine kritische Studie zur „Militärmacht Europa".

Die Ablehnung des Irak-Kriegs habe, so der Herausgeber des ersterwähnten Bandes, Hanns W. Maull, einleitend, „Deutschland nicht unerheblichen Schaden zugefügt": Spaltung der EU, Krise der NATO, Streit zwischen Berlin und Washington. Mit Maull artikuliert sich jene Fraktion der politischen Wissenschaften, die die internationale Führungsrolle der USA sowie weltweite Militärinterventionen für alternativlos hält. Die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien zeugte „von kluger Fortschreibung außenpolitische(r) Traditionslinien" der Kohl-Regierung.

Ein weiterer Autor, Nikolaus Busse von der FAZ, gibt zu, die Kosovo-Interventionsmächte hätten aus „Angst ... vor öffentlichem Protest" Greuel der jugoslawischen Armee übertrieben. Eine kritische Haltung folgt daraus aber keineswegs, sei es doch „auch um – durchaus vertretbare – politisch-strategische Fragen" gegangen, nämlich darum „wer – und wessen Ordnungsmodell – in Europa das Sagen hatte". Das deutsche Nein zum Irakkrieg drohe hingegen zu einer „Selbstisolierung" vom „Garant der nationalen Sicherheit", den USA, zu führen.

Es kommen aber auch Befürworter einer eigenständigeren EU, die unter deutsch-französischer Führung in der Lage wäre, eine militärisch abgestützte Machtpolitik weltweit anzuführen, zu Wort. Diese Autoren stehen den USA, nicht aber einem imperialistischen Europa kritisch gegenüber. Marco Overhaus wirft Vertretern der US-Administration vor, die NATO als ihren „Werkzeugkasten" und eine Art „Trainingspool" unter ihrer Führung zu betrachten. Deshalb setze Deutschland auf eine stärkere „sicherheits- und verteidigungspolitische() Unabhängigkeit der Europäer".

Sebastian Harnisch und Siegfried Schieder diskutieren die Mittel, wie Deutschland Hegemon der EU bleiben kann: Durchsetzen von mehr Stimmen für die großen Staaten in den EU-Gremien oder neuer Möglichkeiten, Projekte ohne Rücksicht auf Neinsager zu betreiben („flexible Integration") und den Willen nationaler Souveräne zu brechen („qualifizierter Mehrheitsentscheid"). Ebenfalls zu den Befürwortern einer starken EU zählt Martin Wagner, der die Kriegsbeteiligungen der letzten Jahre für eine „Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik" hält und als Nahziel eine EU-Armee ausruft, die „wenigstens an ihrer Peripherie zur umfassenden Machtprojektion fähig" ist.

Dem steht die Argumentation Arno Neubers im isw Report Nr. 56 zum EU-europäischen Militarismus diametral entgegen. Neuber, Mitarbeiter der „Informationsstelle Militarisierung Tübingen" greift die Bestrebungen zu einem „militärischen Kerneuropa" scharf an. Er stellt diese Bemühungen, die besonders von der „deutsch-französischen Achse mit Hochdruck" betrieben werden, in einen Zusammenhang mit dem Irakkrieg. Die Ablehnung dieses Krieges durch Teile der EU habe seine Hintergründe in Meinungsverschiedenheiten mit den USA über die „konkrete Vorgehensweise" und Konkurrenz um die „Machtverteilung im westlichen Lager". Ein „Irrtum" sei das „Wort von der deutsch-französischen Friedensachse". Die EU-Führungsmächte haben festgestellt, dass sie für ihre weltweiten Ansprüche einen handlungsfähigen Militärapparat brauchen. Das ist der Grund der europäischen Militarisierung, die Neuber im Folgenden in ihren verschiedensten Rüstungsprojekten und Kooperationsabkommen darstellt. Hier wird´s sehr militärspezifisch, aber eine Aneignung auch solcher Fakten lässt sich nicht vermeiden.

Antimilitaristen, schlussfolgert Neuber, müssten die europäische Aufrüstung bekämpfen, denn eine „militärische Interventionsmacht EU (...) ist nicht Teil einer Lösung globaler Probleme, sondern Teil des Problems". Und: „Höchste Zeit den Widerstand zu organisieren."

In „Deutschland im Abseits?" findet sich ein aus den Medien bekannter außenpolitischer Diskurs, dessen einer Flügel in „transatlantischer Tradition" argumentiert und das Bündnis mit den USA um jeden Preis will. Der andere Flügel setzt auf die deutsch-französische Kooperation. Beiden ist eigen, dass sie eine möglichst große Rolle Deutschlands im Weltgeschehen anstreben. Hier artikuliert sich eine Wissenschaft, die sich als Politikberatung mit Staatsauftrag begreift.

Das Heft des isw vertritt demgegenüber eine antimilitaristische gewerkschaftliche Position, zwischen der und jener der staatsfrommen Gewerkschaftsvorstände sich allerdings Abgründe auftun. *F* ■

**Hanns Maull/Sebastian Harnisch/Constantin Grund (Hg.): Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Nomos Verlag, Baden-Baden 2003, 193 S., 29 Euro.**

**Arno Neuber: Militärmacht EUropa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht, isw-Report Nr. 56, München 2003, 30 S. DIN A4, 3 Euro.**

# Familie Mbombe möchte ein eigenes Zuhause

## Verwaltungsgerichtsverfahren gegen die Stadt Offenburg

Am 18. Dezember 2003 fand im Offnburger Rathaus ein Verwaltungsgerichtsprozess (VG-Freiburg) statt. Geklagt hatte Anderson M. gegen die Stadt Offenburg / Baden Württemberg. Die Klage von Anderson M., Flüchtling aus Kongo-Zaire, richtete sich gegen die polizeiliche Verpflichtung, in der Massenunterkunft Eckenerstraße 3 (über 500 Menschen) in Offenburg leben zu müssen. Flüchtlingen im Asylverfahren steht pro Person 4,5 qm zu. So lebt die Familie M. bereits seit sieben Jahren mit ihren beiden Kindern in einem Zimmer.

**Wohnverhältnisse machen krank**

Obwohl von niemandem bestritten werden kann, dass die Verhältnisse, in denen Flüchtlinge leben, krank machen, bleibt die Unterbringungstortur weiterhin Praxis. In einer empiristischen Analyse der UNI-Oldenburg zur „Entwicklung und Struktur der Wohn- und Wohnumweltbedingungen ...“ wird in der Einleitung festgehalten: „Das Leben der Menschen wird erheblich durch ihre Wohnbedingungen beeinflusst ... Die Bedeutung der Wohnung für das individuelle und familiale Leben ist so elementar, dass hierin ‚ein zentrales Element der kulturellen und zivilatorischen Entwicklung überhaupt gesehen werden muss‘ (Schäfers 1995:275). Die Unverletzlichkeit der Wohnung hat sich seit der Aufklärung und der Französischen Revolution als Menschen- und Bürgerrecht durchgesetzt und ist als solche im Artikel 13 des Grundgesetzes geschützt ... Die Lebenswelt der Menschen wird von der Wohnung und der Wohnumwelt wesentlich mitgeprägt. Die Wohn- und Wohnumweltbedingungen bilden somit eine wesentliche Rahmenbedingung für das Familienleben und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Gute Wohnverhältnisse sind daher Voraussetzung für ein gesundes und zufriedenes Leben“.

Ebenfalls belegt der Fünfte Familienbericht (Drucksache 12/7560) der damaligen CDU/CSU-FDP Regierung indirekt, dass eine Lagerunterbringung zerstörerisch auf die betroffenen Menschen wirkt. Als Risikofaktoren werden „eine beengte sozio-ökonomische Lage ..., ungünstige Wohnbedingungen, d.h. beengte Wohnverhältnisse und hohe Wohnungsdichte, Lärmbelästigungen...“ etc. angegeben. Faktoren, denen einzelne Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien täglich ausgesetzt sind. Das UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat am 31. August 2001 erneut seine Besorgnis darüber ausgedrückt, dass Asylbewerbern und deren Angehörigen die erwähnten Rechte durch die Wohnbedingungen eingeschränkt werden.



**Das Verwaltungsgerichtsverfahren**

Anderson M. war und ist politisch aktiv. Obwohl er unter einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTB) leidet, was ihm selbst das Gesundheitsamt des Landratsamtes Ortenaukreis in einer amtsärztlichen Stellungnahme bestätigte, gibt es laut Stadt Offenburg vom 29. August 2002 „keinen wissenschaftlich bewiesenen Zusammenhang zwischen einer PTB und der Notwendigkeit einer Unterbringung in einer Privatwohnung. Die weiteren Ausführungen, dass ihre Kinder im speziellen unter der Unterbringung zu leiden haben, können ebenfalls zu keiner anderen Entscheidung führen.“

Anderson M. ist seit sieben Jahren in regelmäßiger ärztlicher Behandlung und leidet zusätzlich seit einem Jahr an massiven Hautausschlägen, die er nur mit Antibiotika behandeln kann. Seit einem Jahr findet sechsmal im Jahr die Kakerlakenbekämpfung statt. Dafür wird ein sogenanntes Sprühnebelverfahren eingesetzt. Das Gift, das in den Zimmern versprüht wird, soll für Kakerlaken tödlich, für den Mensch harmlos sein, so will eine Unbedenklichkeitserklärung wissen lassen. Die ganze Familie leidet unter Konzentrationsstörungen. In einer ärztlichen Bescheinigung wird den beiden Kindern bestätigt, dass sie überdurchschnittlich häufig an Infekten leiden. „Außerdem hat sich in den letzten Monaten herausgestellt, dass die psychische Entwicklung nicht zufriedenstellend verläuft ... Ursache für die Gesundheitsstörungen sind u.a. die schlechten Wohnverhältnisse in der Eckenerstraße 3. Es wird deshalb kinderärztlich dringend empfohlen, dass Familie Mbombe baldmöglichst eine adäquate Wohnung bekommt.“

**Diskriminierungsversuche der Behörden**

Die VertreterInnen von Stadt und Landkreis unterließen während des Verfahrens keinen Versuch, die Glaubwürdigkeit sowie die persönliche Integrität von Anderson M. vor Gericht zu untergraben. Die erste Behauptung von Kreisamtsrat Rothardt, man habe der Familie M. bereits vor mehreren Jahren in Lahr eine andere Unterkunft angeboten, konnte genauso wenig bewiesen werden wie die Unterstellung, Anderson M. hätte missbräuchlich 10.000 DM Sozialleistungen bezogen, obwohl er einer Arbeit nachging. Anderson M. hatte nie ein schriftliches Angebot für einen Ortswechsel erhalten und vor allem werden Flüchtlinge zuvor gefragt, ob sie mit einer anderen Unterkunft einverstanden sind. Ebenso wies Anderson M. die Behauptung zurück, er hätte 10.000 DM unterschlagen. Wie er selbst ausführte, hat er der Ausländerbehörde sämtliche Arbeitsgenehmigungen der letzten Jahre vorgelegt. Außerdem wurde gegen ihn nie ein Verfahren wegen missbräuchlichem Bezugs von Sozialleistungen eingeleitet.

Nachdem Anderson M. vor Gericht von seinem Führerschein erzählte, den er jüngst gemacht habe, griff ihn die „Teamleiterin der Ausländerbehörde“ mit bösen Worten an, wie er denn zu einem Führerschein ohne Identitätspapiere käme, die er ja schließlich im Asylverfahren auch nicht vorgelegt habe. Anderson M. erwähnte, dass er sich beim Bürgerrechtsbüro der Stadt Offenburg beraten ließ und dort in Sachen Führerschein freundlichst beraten wurde. Sämtliche Behauptungen gegen ihn hatten mit dem eigentlichen Verfahren nichts zu tun.

Der Diskriminierungsversuch der Behörden vor Gericht ist misslungen. Argumenten, dass ein Lageraufenthalt zerstörerisch auf jeden Menschen wirkt, konnten die Behörden nichts entgegen halten. Sie mussten letztendlich zugeben, dass ein Lageraufenthalt nicht gesundheitsfördernd sei, jedoch das Gesetz den Aufenthalt vorschreibe.

Eine Entscheidung des Gerichts folgt in den nächsten Tagen. *was* ■

## Drohende Abschiebung verhindern!

DARMSTADT. Eine kurdische Familie aus Darmstadt ist akut von Abschiebung bedroht. Das Darmstädter Ordnungsamt will Frau Ayse Gözel und ihre Kinder (Ayfer 14 Jahre alt und Deniz 4 Jahre alt) in die Türkei abschieben. Eine so genannte Grenzübertritts-bescheinigung" zum 15. Januar 2004 wurde der Familie mittlerweile zugestellt.

Besonders für die Kinder würde eine Abschiebung eine unzumutbare Härte darstellen. Sie würden aus ihrer gewohnten Umgebung in Schule und Kindergarten einer ungewissen Zukunft ausgeliefert. Der Ehemann, Herr Haydar Gözel, dessen Aufenthalt noch bis Ende Februar „geduldet" ist, soll dann sehr wahrscheinlich auch abgeschoben werden.

Der Asylantrag der seit 1992 hier lebenden Familie wurde abgelehnt. Und dies, obwohl Familie Gözel in der Türkei einer massiven Verfolgung durch die dortigen Behörden ausgesetzt war. Ihr Haus wurde von der türkischen Armee zerstört, weil sie kurdische Freiheitskämpfer mit Lebensmittel unterstützten. Sie wurden von Soldaten misshandelt und geschlagen. Nach Folterungen durch die türkische Polizei leidet Herr Gözel bis heute unter psychischen Problemen. Da für die Familie in der Türkei keine Lebenssicherheit mehr bestand, floh sie nach Deutschland. Der Familie droht bei ihrer Rückkehr in die Türkei die sofortige Verhaftung.

Die DKP Darmstadt und die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt unterstützt die Familie. Auf der Internetseite www.dkp-darmstadt.de ist eine Unterschriftenliste herunterzuladen. Bitte macht hiervon zahlreich Gebrauch und faxt die ausgefüllten Listen an die Faxnummer der Stadtverordnetenfraktion 06151-6690 533. Die Zeit drängt. Die Unterschriften sollen dem Darmstädter Bürgermeister und Ordnungsdezernenten Wolfgang Glenz (SPD) überreicht werden.

*Rainer Keil*
*E-Mail: r.keil@t-online.de* ■

## Land forciert Kürzungen bei Flüchtlingen: Gemeinderat protestiert

STUTTGART. Die Landesregierung kürzt massiv die Kostenerstattung an die Kommunen für die Flüchtlingsbetreuung. Nach (noch) geltendem Recht ist dies eine Landesaufgabe. Die Landesregierung zahlt in Zukunft nur noch eine einmalige Pauschale pro Flüchtling, die nicht einmal die Unterbringung und Verpflegung deckt, geschweige denn Kosten bei Krankheit etc. Damit gibt sie den Kommunen einen Arbeitsauftrag und zahlt nicht die entstehenden Kosten. Allein Stuttgart bekommt 5 Mio. Euro weniger pro Jahr. Der Druck auf die Kommunen, die Flüchtlingsversorgung zu verschlechtern und schneller zu entscheiden und abzuschieben, wird verstärkt.

In den Stuttgarter Haushaltsberatungen hatte die CDU (mit Unterstützung der FDP/Freien Wähler und Grünen) sowieso schon Personalkürzungen bzw. -umschichtungen bei der Flüchtlingsbetreung durchgesetzt.

Am 17. Dezember 2003 beschloss der Gemeinderat eine Resolution gegen die Systemveränderung der Kostenerstattung und unterstützt „nachdrücklich die Forderungen des Vorstands des Städtetags Baden-Württemberg vom 24.11. 2003:

- Ausgliedern der Liegenschaftskosten und der Krankenhilfekosten von der pauschalen Kostenerstattung;
- Anpassung der Gesamtpauschalen an die tatsächliche Kostenentwicklung;
- Einführung einer gesetzlichen Revisionsklausen mit einem verbindlichen kommunalen Anspruch auf Erstattung der tatsächlichen Kosten;
- Weitergewähren einer Pauschale für die Anschlussunterbringung.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, die berechtigten Interessen der Stadt- und Landkreise zu berücksichtigen."
Die REP stimmten gegen die Resolution. Sie hatten in der Haushaltsdebatte die CDU mit noch schärferen Anträgen zu Kürzungen übertrumpfen wollen.

*ulk* ■

## Anschlag und Razzia gegen Kurden in München

Auf das Münchner Beratungs- und Informationszentrum für Arbeitnehmer aus der Türkei und Kurdistan wurde in der Nacht zum Freitag (12.12.) ein Anschlag verübt. Offensichtlich mit Schlagstöcken zertrümmerten unbekannte Täter die großen Fensterscheiben des Zentrums. Anstatt nach den Tätern zu fahnden, nutzte die am Freitagmorgen gerufene Polizei die Gelegenheit für eine Razzia in den Räumen des erst kürzlich eröffneten Vereins. Dabei wurden unter anderem mehrere Computer beschlagnahmt. Vor einigen Wochen war schon einmal eine Scheibe des Vereins eingeschlagen worden. Nach Aussagen des Hausbesitzers hatte ihn die Polizei in den letzten Wochen mehrfach gedrängt, dem Verein zu kündigen. „Erst kommen anonyme Schläger und dann die Polizei. Das erinnert uns sehr an Zustände in der Türkei", meint Kemal Göktepe von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland YEK-KOM. „Es gibt hier offensichtlich ein gegen die kurdische Bewegung gerichtetes Zusammenspiel dunkler Kräfte mit dem Staat." *Nick Brauns* ■



## Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees tagten

BREMEN. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember rief das „Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees" dazu auf, den Einsatz für Mumia Abu-Jamal zu intensivieren. In der Erklärung heißt es: „Ähnlich wie bei Angela Davis ist eine weltweite Bewegung für sein Leben und seine Freiheit entstanden. Und ähnlich wie damals stellen viele Menschen, die sich rund um den Globus für Mumia Abu-Jamal einsetzen, ihren Kampf gegen seine Hinrichtung in den Zusammenhang des internationalen Kampfes gegen Krieg, Todesstrafe, Rassismus und globale kapitalistische Unterdrückung. Schon zweimal gelang es der Bewegung, dass ein drohender Hinrichtungsbefehl nicht vollstreckt wurde. Aber Mumia sitzt immer noch in der Todeszelle und schwebt in höchster Lebensgefahr. Ohne unseren Druck wird ihm auch kein Gericht Gerechtigkeit widerfahren lassen. Deshalb rufen wir jetzt, da der Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben und Freiheit in die letzte Runde vor den Bundesgerichten geht, alle dazu auf, ihren Einsatz zu intensivieren.

Angela Davis hat den Kampf gegen die Todesstrafe und für Leben und Freiheit von Mumia Abu-Jamal zur Priorität in ihrer politischen Arbeit gemacht und ist zur anerkannten Sprecherin dieser Kampagne geworden. Am 4. Oktober 2003 sagte sie auf der Veranstaltung anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Paris an Mumia Abu-Jamal, auf der sie für Mumia die Urkunde entgegennahm: „Das ist mein bescheidener Beitrag zur Solidaritätsbewegung. Für mich hat das Priorität in meinem Leben. Wenn die Leute vor dreißig Jahren es nicht auch zu ihrer Priorität gemacht hätten, sich für mich einzusetzen, dann wäre ich heute noch immer im Gefängnis." In diesem Sinne fordern wir mit ihr: Ein neues faires Verfahren für Mumia Abu-Jamal! Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen! Abschaffung der Todesstrafe!"

*http://freedom-now.de* ■

**Frankreich: „Neudefinition des Laizismus“ von oben**

# Neues Gesetz zum Verbot muslimischer Kopftücher an Schulen

**Teil 1 (von dreien)**

**Nun ist die Katze aus dem Sack: Es wird in Frankreich in Bälde ein neues Gesetz zum Umgang mit religiösen Symbolen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen geben. Das Thema genoss aus Sicht der Staatsspitze offenkundig höchste Priorität, denn Staatspräsident Jacques Chirac hielt dazu am 17. Dezember 03 eigens eine feierliche Ansprache vor einem ausgewählten Publikum. Rund 400 Personen aus Regierungskreisen, aus dem Bildungswesen, aber auch Mitglieder antirassistischer Organisationen und Gewerkschafter aus dem öffentlichen Dienst waren dazu in den Elysée-Palast geladen worden.**

Jetzt steht fest, dass Schülern und Schülerinnen an öffentlichen Schulen künftig das Tragen (Originalton Chirac) „des islamischen Schleiers oder Kopftuchs, egal welchen Namen man ihm gibt“, sowie „der Kippa oder eines überdimensionierten Kreuzes“ untersagt werden soll. Das Verbot soll der Gesetzgeber festschreiben.

Auch die Regierung scheint es ausgesprochen eilig zu haben, denn nur wenige Minuten nach der Präsidentenrede kündigte Premierminister Jean-Pierre Raffarin an, die (konservativ-liberalen) Regierungsfraktionen würden in Bälde ein Gesetz verabschieden, das zu Beginn des nächsten Schuljahres bereits in Kraft sein soll. Damit es Anfang September 04 Anwendung finden kann, müsste es spätestens bis zur Sommerpause in dritter und letzter Lesung verabschiedet sein.

Bisher war Raffarin nicht unbedingt als flammender Vorkämpfer des Laizismus aufgefallen. So begab er sich vor wenigen Wochen als amtierender französischer Regierungschef (zusammen mit der Präsidentengattin Bernadette Chirac, die weithin als bigotte Frömmlerin bekannt ist) nach Rom. Nämlich, um Mitte Oktober 03 an der Zeremonie zur „Seligsprechung“ der ultrareaktionären Ordensfrau Agnes Gonxha Bojaxhiu (alias „Mutter Theresa“) teilzunehmen. Das muss man nicht unbedingt als Pionierleistung in Sachen Verteidigung des Laizismus betrachten. Der Scheiß, Verzeihung, der Spaß soll den Steuerzahler die Kleinigkeit von 100.000 Euro gekostet haben.

Wunschgemäß hat Bildungsminister Luc Ferry, der damit beauftragt worden war, bereits zu Anfang der Woche des 5. Januar den verlangten Gesetzentwurf vorgelegt. Um ausnahmsweise nicht in’s Fettnäpfchen zu tappen (Ferry steht bei Chirac ohnehin wegen seiner „ungeschickten“ Krisenverwaltung während der studentischen Streiks im November 03 in Ungnade, und sein Stuhl wackelte bereits), hat der Minister brav Wort für Wort die wichtigsten Aussagen der Präsidenten-Rede vom Dezember übernommen. In erster Lesung soll es bereits im Februar verabschiedet sein. Unverhohlen wird von Vielen im konservativen Lager ein Zusammenhang zu den Regionalparlamentswahlen im März 04, und zum Abschneiden Le Pens (allgemein wird ihm ein ziemlich dickes Ergebnis vorausgesagt) hergestellt.

### Warum jetzt ?

Im Hintergrund der Betriebsamkeit an der Staatsspitze steht die so genannte Kopftuch-Debatte, die in den letzten Monaten in Frankreich wieder aufgeflammt ist. Denn um sie geht es im Wesentlichen: Von den bisher, auf der Basis einer unklaren Rechtsprechung aus dem Jahr 1989, ausgesprochenen Schulverweisen waren ausschließlich Mädchen aus muslimischen Familien betroffen. Ohnehin besuchen Kippa tragende Jugendliche aus orthodoxen jüdischen Familien meist konfessionelle Schulen. Zugleich besuchen rund 20 Prozent eines Jahrgangs katholische Privatschulen, die sich zu einer Art Elitezweig des allgemeinen Schulsystems entwickelt haben und in denen die bisherigen ebenso wie die künftigen Spielregeln des Laizismus keine Anwendung finden. Sie werden allerdings durch die öffentliche Hand subventioniert.

### Was auf dem Spiel steht und warum eine einfach gestrickte Position in die Irre führen muss

Die Debatte um die Kopfbedeckung von Schülerinnen aus Einwandererfamilien ist besonders heikel. Denn hierbei kreuzen sich zwei unterschiedliche Themenstränge in einem Knotenpunkt: Auf der einen Seite steht die Frage der Rechte der Person oder des Individuums gegenüber seiner Herkunftsgruppe und seiner Familie. Diese Fragestellung wird unmittelbar durch die Stellung von Frauen in muslimischen Gesellschaften berührt. Andererseits aber stößt das Thema auch an die Frage, wie Frankreich mit seinen Minderheiten umgeht.

Für Linke und antifaschistische Menschen steht dabei viel auf dem Spiel. Denn eine zu einfach gestrickte Stellungnahme, die eines der aufgeworfenen Probleme vernachlässigt, droht sie unweigerlich an rechte Positionen (in der einen oder anderen Variante) heranzuführen.

So kann es im Prinzip für unsereinen nicht in Frage kommen, einfach den Standpunkt der Mehrheitsgesellschaft gegenüber einer (aus der Einwanderung herstammenden) Bevölkerungsminderheit einzunehmen, wenn die Erstgenannte (oder Teile von ihr) die Letztere beispielsweise wegen ihrer „Rückständigkeit“ oder „Unintegrierbarkeit“ anklagt.




Das kann geradewegs in die offenen Arme eines platten, als Islam-Kritik getarnten Rassismus führen. Denn letzterer kann sich mitunter, der Niederländer Pim Fortuyn hat es vorgemacht, mit den Federn einer aufgeklärt-liberalen Weltoffenheit schmücken, die vor allem wegen der mangelnden individuellen Freiheitsrechte gegen „den Islam“ (aber auch gleichzeitig gegen die Einwanderung von Menschen aus muslimischen Ländern) eintritt.

Selbst einer wie DVU-Chef Gerhard Frey hat diesen Dreh noch hinbekommen. Danach befragt, was er gegen die Anwesenheit von Menschen aus der türkischen Immigration habe, antwortete dieser im Dezember 1991 der Regenbogenzeitschrift BUNTE wörtlich: „Bei den Türken ist die Frau nicht gleichberechtigt.“

Umgekehrt wäre es aber ein fataler Fehlschluss, deswegen einfach die platte Gegenposition einzunehmen. Diese würde darin bestehen, deswegen einfach unkritisch das Tragen „islamischer“ (oder durch traditionelle Kulturen als solche

definierter) Kopfbedeckungen durch die Frauen unkritisch zu verteidigen. Das heißt, ohne weitere Problematisierung einfach „für das Kopftuch“ oder „das Recht auf‘s Kopftuch“ einzutreten wie es etwa zeitweise die (nicht mehr existierende), in Köln erscheinende, antirassistische Zeitschrift „morgengrauen“ praktiziert hat. Man kann sich auch heute eine Haltung vorstellen, die einfach „den Islam“ oder „die Moslems“ als unterdrückte Minderheit pauschal gegen die „westliche“ Mehrheitsgesellschaft unterstützt.

Das würde nicht nur übersehen, dass es innerhalb der „muslimischen“ Bevölkerungsgruppen in denen es ja auch Ungläubige, Freidenker und AgnostikerInnen geben soll! reaktionäre ebenso wie fortschrittliche Kräfte gibt, wobei Erstere „ihrer“ Gruppe eine spezifische, eigene „Moral“ aufzuzwingen versuchen. Überall, wo die politische Bewegung des Islamismus (die gewisse strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem europäischen Faschismus aufweist, sich jedoch in anderen Punkten auch von ihm unterscheidet) im 20. Jahrhundert an die Macht kam, gehörte bspw. zu den allerersten Maßnahmen, den Frauen die Zwangsverhüllung ihrer Häupter aufzuzwingen. Das geschah meist unter Androhung drakonischer Züchtigungsstrafen. Ein besonders brutales Anschauungsbeispiel lieferte der Iran ab 1979, nachdem dort auf die von breiten Kräften getragene Revolution gegen das autoritäre Schah-Regime die islamistische Konterrevolution gefolgt war und die anfängliche Freiheit durch ein noch schlimmeres Regime abgelöst worden war.

Nun ist Frankreich oder die BRD nicht der Iran, und jeder Vergleich (den manche der Islam-KritikerInnen ziehen, auch unter Feministinnen oder unter Exil-IranerInnen – um die Kopftuchträgerinnen unter Verweis auf den dort ausgeübten Zwang als Trägerinnen einer enormen Gefahr darzustellen) führt in die Irre. Denn die Gründe, warum „islamische“ Kopfbedeckungen in einer Pariser Banlieue oder in Berlin-Kreuzberg getragen werden, sind nicht dieselben, und ihr Nichttragen wird nicht mit staatlichen Straf- und Gewaltdrohungen sanktioniert. Allerdings können sich dennoch „private“ Gewaltverhältnisse (von der Familie, den Vätern oder Brüdern, aber auch von der Community ausgehend) hinter den Kleiderordnungen verbergen. Und das umso mehr, als die gesellschaftliche Krise d.h. Verarmungstendenzen, das Fehlen beruflicher Eingliederungsperspektiven und die besondere Diskriminierung gegen Einwanderer(kinder) die Möglichkeiten, dem Druck der „eigenen“ Gruppe zu entgehen, verbaut und das Individuum auf sein „natürliches“ Kollektiv zurückwirft. Um es klarzustellen: Daran ist mitnichten „der Islam“ schuld, sondern die soziale Situation der ImmigrantInnen! Nichtsdestotrotz führt diese reaktionäre Entwicklung mitunter zu einem erheblichen Rückgang der Rechte des oder der Einzelnen, vor allem von Jugendlichen und von Frauen.

Diese Widersprüche und möglichen Spannungen innerhalb einer jeden auch minoritären Gruppe der Bevölkerung zu übersehen oder herunter zu spielen, führt zu einer essenzialistischen Sichtweise. Im Endeffekt führt eine solche Form von Antirassismus, die einfach ganze „Kulturen“ als geschlossene Blöcke (etwa gegen die westliche, weitgehend unreligiöse, Mehrheitskultur) verteidigt, zu einem gesellschaftlichen Determinismus, der die menschlichen Individuen in ihrer Herkunft einschließt. Die junge Frau aus einer muslimischen Familie hat dann ein Kopftuch zu tragen, „weil es ihr Recht ist“, auch wenn sie dieses „Recht“ vielleicht gar nicht in Anspruch nehmen will, sondern viel lieber emanzipiert wäre.




Natürlich wird niemand, der oder die sich als links und antirassistisch bezeichnet, für einen Zwang solcher Art eintreten. Man kann ihn aber auch unfreiwillig befördern, wenn man dafür sorgt, dass innerhalb einer Gesellschaftsgruppe die reaktionär-kulturalistischen Kräfte gestärkt werden. Wenn erst einmal das Recht darauf, möglichst viele Kopftücher in einer Schulklasse zu sehen, konsequent durchgesetzt ist und diese Kopfbedeckung dann in bestimmten Schulgegenden (vor dem Hintergrund städtebaulicher Segregation und Ghettoisierung von Einwanderern) mehrheitlich präsent ist, was passiert dann mit denen, die nunmehr in der Minderheit sind? Drohen sie nicht, als „unmoralisch“ und „Huren“ abgestempelt zu werden? Hat dann nicht das Recht der Einen jenes der anderen Mitglieder derselben Bevölkerungsgruppe erdrückt?

Im Extremfall kann eine solche, wahrscheinlich im Ansatz moralisch wohlmeinende, Form von Antirassismus zu einem Verständnis der Menschheit als „Ethno-Zoo“ führen, in welchem das jeweilige menschliche Individuum sich nur noch durch die Zugehörigkeit zu einer Spezies definiert. Oder auch in die Arme eines „Ethno-Pluralismus“, wie ihn nun ja ein intelligenter Flügel der extremen Rechten, mit den Vordenkern der Nouvelle Droite (Alain de Benoist & co.) dereinst definiert hat, und der auf dasselbe hinausläuft. Sind dann erst einmal die Minderheiten erfolgreich „ethnisiert“ und in eine fest vorab determinierte „natürliche Rolle“ eingeschlossen, dann wird dasselbe Programm dann natürlich auch auf die Mehrheitsgesellschaft ausgedehnt.

So kann das, was ursprünglich astrein antirassistische Motive hatte, am Schluss umgedreht werden. Man erinnere sich an die französische Debatte in den 80er Jahren, in denen wohlmeinende aber kulturalistisch argumentierende Antirassisten den Slogan vom „Recht auf Differenz“ (droit à la différence) aufbrachten. Sie meinten, dass nur ein Recht auf kulturelles „Anderssein“ anerkannt werden müsse, und schon gebe es keinen Rassismus mehr. Aber waren die betroffenen Menschen wirklich so „anders“? Die wirklichen Rassisten waren davon überzeugt, und der Front National übernahm den Slogan am Ende, wobei er ihm allerdings einen völlig anderen Sinn verlieh. Die extreme Rechte verteidigte das „Recht auf Anderssein“ der Mehrheits-Franzosen, die gern ihre „Andersartigkeit“ aufrecht erhalten wissen würden.

Was also in der Praxis tun? Es gibt keine einfachen Antworten auf solche

Fragen. Von einem kann man freilich beruhigt ausgehen: Es ist nicht vorwiegend der (sei er nun „richtig“ oder „falsch“ verstandene) Antirassismus, der die Tendenzen zur Ethnisierung oder auch Selbstethnisierung in den verschiedenen (minoritären) Bevölkerungsgruppen an erster Stelle befördert. Nein, vielmehr ist es das soziale Elend im Zusammenspiel mit diversen Diskriminierungen, das diese Rolle spielt. Aber das ist kein Grund, seine Auswirkungen noch freiwillig oder unfreiwillig zu befördern.

Eine vernünftige Debatte müsste auf jeden Fall davon ausgehen, dass es heute sehr unterschiedliche Gründe gibt, warum junge Migrantinnen das berühmte Kopftuch tragen. Unterschiedliche Gründe, die im Prinzip auch unterschiedliche Antworten verdienen. Das reicht vom Druck der Familie oder Umgebung (in manchen Fällen), über den Wunsch nach Affirmation gegenüber der vielleicht als rassistisch verstandenen Mehrheitsgesellschaft und einem (pseudo-)rebellischen Selbstverständnis bis hin zum Bedürfnis nach Schutz davor, von männlichen Händen ständig betascht und begrapscht zu werden. Auch dieses Bedürfnis ist vielerorts in den französischen Banlieues sehr real, weil eine gewisse Brutalisierung im Umgang der Individuen und gerade auch der Geschlechter untereinander ebenfalls zu den Ergebnissen der gravierenden sozialen Krise gehört. Letztere hat in den maroden Trabantenstädten bereits ein ziemlich unbeschreibliches Maß erreicht, wenn auch noch nicht dieselben Dimensionen wie in den Ghettovierteln der US-Großstädte.

### „Die muslimische Bevölkerung“ in Frankreich

Besonders im Hinblick auf die maghrebinischen Immigranten in Frankreich ist das Problem äußerst delikat. Findet man doch hier einen besonders massiven und besonders tief verwurzelten, spezifischen Rassismus vor, der ganz besonders die Algerier betrifft. Er wurzelt in der französischen Kolonialgeschichte; Algerien wurde als Siedlungskolonie für rund eine Million Europäer behandelt, die nach 1962 in die Metropole zurückwanderten. Der verlorene Krieg „in der Nachbarschaft“, der mit der Unabhängigkeit Algeriens endete, hinterließ besondere historische Traumata in einem Teil der französischen Gesellschaft. Aber auch bei manchen Maghrebinern sorgt dieser Hintergrund für „identitäre“, in diesem Fall islamistisch besetzte, Verkrampfungen.

Beileibe nicht alle in Frankreich lebenden Einwanderer aus (überwiegend) muslimischen Ländern haben allerdings etwas mit der islamischen Religion zu tun. Nach neuesten Zahlen, die „Le Monde“ im Oktober veröffentlichte, erklären (nur) 36 Prozent der nominell als Moslems geltenden Bewohner des Landes, die befragt wurden, dass sie die entsprechende Religion „praktizieren“. Rund die Hälfte erklärt sich „gläubig, aber nicht praktizierend“. Dagegen erklären 17 Prozent, der Islam beschreibe lediglich „ihre Herkunft“, was als Anzeichen faktischen Unglaubens gewertet werden kann. Und 5 Prozent bezeichnen sich selbst als ungläubig oder gottlos.

Damit liegen zwar die Zahlen derer, die sich vom Glauben abgelöst haben, etwas unterhalb der Vergleichszahlen für die französischstämmige Bevölkerung. (Laut „Le Monde“ vom 17. April 2003 stufen sich 26 Prozent der von französischen Vorfahren Abstammenden, ob nun getauft oder nicht, selbst als „religionslos“ ein.) Aber grundsätzlich sind offenkundig dieselben gesellschaftlichen Prozesse am Werk.

### Der französische Staat und der Umgang mit „dem Islam“

Zwei Ereignisse ließen die französische Islam- und Kopftuch-Debatte, die nach wie vor auf mehreren Seiten kulturalistisch besetzt und entsprechend ideologisiert ist, im zurückliegenden Jahr wieder aufflammen. Da war der Versuch des konservativen Innenministers Nicolas Sarkozy, gerade die konservativ-religiösen Strömungen unter den französischen Moslems als sozialen Stabilitätsfaktor einzubinden und sie gleichzeitig zu „domestizieren“.

Seit 2002 Jahr hat Sarkozy (Pläne der sozialdemokratischen Vorgängerregierung aufgreifend) „von oben“ ein Gremium, das den französischen Islam repräsentieren soll, geschaffen: Rund 3.000 Wahlmänner wurden bestimmt, die im März 03 einen Französischen Beirat des islamischen Kultus (CFCM) wählten. Zweck der Gründung des CFCM war es einerseits, die Moslems, genauer: den praktizierenden Teil der Moslems, mit den anderen Religionen auf eine Stufe zu stellen. Da es im sunnitischen Islam keinen Klerus gibt, verfügten sie nämlich auch über keine anerkannte Vertretung, wurden daher aber auch bei Gesprächen der Regierung mit den Religionsgruppen permanent übergangen. Andererseits wollte die Regierung aber auch, dass das neue Gremium eine konservative, „stabilisierende“ Wirkung auf die Einwandererkinder entfalte. Das Wahlmännersystem bevorzugte objektiv die konservativen bis reaktionären, finanziell gut ausgestatteten Organisationen. Denn die Zahl der Wahlmänner richtete sich nach der Größe des jeweils vorhandenen Gebetsraums.

Zu ihnen gehört die rechtskonservative bis stockreaktionäre UOIF (Union des organisations islamiques de France), die zur zweitstärksten Kraft im neuen Beirat wurde. Im April 03 trat Innenminister Sarkozy auf ihrem jährlichen Kongress in der Pariser Vorstadt Le Bourget auf. Dabei erklärte er, er sei „als Freund“ gekommen, forderte dann aber auch dazu auf, die UOIF solle ihre Anhänger zur Einhaltung der staatlichen Gesetze auffordern. Dazu gehöre, dass Frauen auf Passbildern unverhüllt zu posieren hätten. Die Zuhörer, die ihm bis dahin mehrfach applaudiert hatten, pfiffen Sarkozy spontan aus, bis sie durch ihre Kader zur Ordnung gerufen wurden. Daraufhin setzte in den Medien die neueste Ausgabe der Islam-Debatte ein.

Verstärkt wurde diese erneut im Oktober 03: In der Pariser Vorstadt Aubervilliers wurden zwei Mädchen, die wahrscheinlich islamistischen Gruppen nahe stehen, aber auf jeden Fall das Kopftuch gegen den Willen ihrer Eltern tragen, aus dem Schulunterricht ausgeschlossen (ausführlich siehe unter http://jungle-world.com/seiten/2003/43/1905.php).

*Bernhard Schmid (Paris)* ■

*FORTSETZUNG IN DER NÄCHSTEN AUSGABE*

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de

Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

## Wenig Hoffnung für Schill?

Junge Freiheit Nr. 52/03-01/04
vom 19. Dezember 2003

Redakteur *Peter Freitag* berichtet über den Spaltungsprozess der ehemaligen Schill-Partei:

„Somit steht die Partei Rechtsstaatliche Offensive zwischen Scylla und Charybdis: Mit Schill reduziert sich ihre Wählerschaft auf die ‚Eingefleischten', sind ihre Chancen auf eine populistische Opposition begrenzt, ohne ihn hat sie kaum Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden ... Mit besten Chancen für die Ende Februar angesetzten Neuwahlen steht die CDU da, die es nach Umfragen auf ein Spitzenergebnis ... bringt. Aus dem aufsehenerregenden Experiment, der Koalition mit den ‚Rechtspopulisten' geht – Österreich lässt grüßen – der christdemokratische Part als Sieger hervor, während die ‚Steigbügelhalter' sich selbst demontieren."

## Intrigen in der Rechten

Junge Freiheit Nr. 2/2004
vom 2. Januar 2004

Zu den Auseinandersetzungen in der Schill-Partei kommentiert Redakteur *Peter Freitag*: „So langsam gehen einem die Vokabeln aus, mit denen die Selbstzerfleischung der Partei Rechtsstaatliche Offensive noch für Außenstehende nachvollziehbar zu beschreiben wäre ... Der Parteigründer sieht sich vor einem Abgrund aus Verrat seitens derer, die er einst zu seinen Helfern bestellte und denen politische Macht verschaffte ... Die Trostlosigkeit, welche sich in der Parteilandschaft rechts der Union wieder einmal offenbart, lässt sich resümierend in die Worte fassen, die Fürst Pückler angesichts der politischen Zustände in Deutschland aussprach: ‚Auf Flugsand kann kein Weizen wachsen'."

## Unterstützung für Schill

Junge Freiheit Nr. 3/2004
vom 9. Januar 2004

Nach den skeptischen Berichten in den vorangegangenen Ausgaben findet sich in dieser Ausgabe ein ganzseitiges Interview mit Richard Braak, seit dem 4. Januar Geschäftsführer der neu gegründeten Partei Pro DM/Schill, die durch den Übertritt von sechs Bürgerschaftsabgeordneten von der Partei Rechtsstaatliche Offensive in die Pro DM-Partei von Bolko Hoffmann entstanden ist. Vor zwei Jahren noch hatte Hoffmann der Schill-Partei gerichtlich untersagen lassen, als Abkürzung PRO (Partei Rechtsstaatliche Offensive) zu verwenden. Braak kündigt an, dass die neue Partei mit acht bis neun Prozent in die hamburgische Bürgerschaft einziehen werde, weil nach wie vor 58% der Hamburger Wähler dafür sind, dass Schill Politik macht.

*uld* ■

## „Adolf Hitlers langer Schatten"

nation24.de, 3. Quartal 2003

Herausgeber *Manfred Rouhs* hält in seinem Leitartikel „Adolf Hitlers langer Schatten" Hohmann die Stange und kritisiert dessen Rauswurf aus der CDU-Bundestagsfrakton und eventuellen Rauswurf auch aus der Partei. Rouhs: „Noch immer wirft Hitler einen Schatten auf das politische Leben der Deutschen". Jegliche Kritik an deutschen Zuständen werde gekontert mit „Auschwitz!" Geschichte werde oft missbraucht, um sie politisch zu instrumentalisieren, so Rouhs, deshalb schlägt er vor: „Die Diskussionen über Auschwitz und deutsche Schuld wie auch die Debatten über die Verbrechen der Bolschewiki von 1917 sollten offen und ohne Tabus geführt werden, aber bitte nicht im politischen Plenum sondern im historischen Seminar". Er rät der Rechten, sich auf diese Diskussionen lieber nicht einzulassen, weil man da eh den Kürzeren zieht, und sich lieber aktuellen Themen zuzuwenden: „Wer glaubt ihnen noch das Märchen von Multi-Kultopia? Wer nimmt ihnen noch ab, daß die Renten sicher sind? Wer geht noch davon aus, daß der ausufernden Gewaltkriminalität mit liberalem Verständnis und Resozialisierungstherapien für die Täter beizukommen ist?" Vorschläge, die er mit der „Bürgerbewegung Pro Köln" lokal zu praktizieren versucht: biedermännisch auftreten aber gleichzeitig Ängste und Vorurteile schüren, gegen Flüchtlinge und andere Minderheiten hetzen. CDUlern wie Hohmann rät Rouhs, sich eine neue Heimat zu suchen und meint in alter Manier: „Die Zeit ist überreif für die Formation einer demokratischen Alternative zu den Altparteien. Ein Wählerpotential von 10 bis 20 Prozent wartet darauf, erschlossen zu werden. Die Chance für politische Veränderungen ist da!"

Ansonsten enthält das Blatt wie angekündigt im Wesentlichen kurze Nachrichten, einen Artikel zum Fall Metin Kaplan, viel Eigenwerbung sowie die komplette Rede von Martin Hohmann am 3. Oktober 2003.

*u.b.* ■

## Parteiübergreifendes Bündnis

Parteiübergreifend wollen Rechtsextremisten am 13. Juni den Sprung ins Parlament der sächsischen Landeshauptstadt schaffen. Die Dezember-Ausgabe der Deutschen Stimme bringt dazu ein ausführliches Interview mit Frank Rohleder (ehemals REP). Beim Nationalen Bündnis Dresden e.V. (NBD) handelt es sich um ein lokales Projekt der NPD-orientierten Rechten. Es wurde am 24. April 2003 im Hinblick auf die Kommunalwahl in Sachsen gegründet. Am 13.6.04, dem Tag der Europawahl, werden in Sachsen auch die Stadt- und Kreisräte neu gewählt. ■